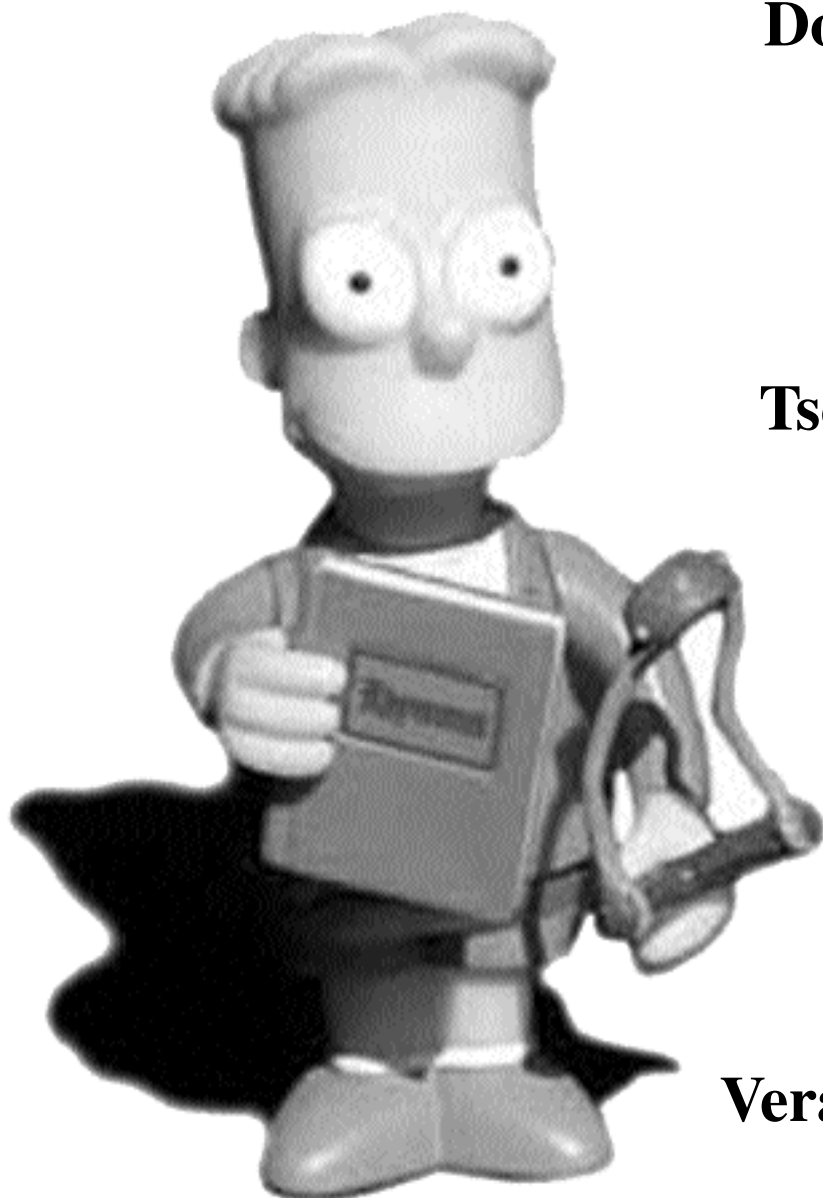


# revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe  
nummer 13

april / mai 2002



**Starker Tobak?  
Don't believe the hype!**

**Das neue  
Gewaltschutzgesetz**

**Tschernobyl - was tun?**

**Aktion gegen  
Abschiebung**

**Lokales -  
Meldungen -  
Provinzielles**

**Veranstaltungen in Celle**

# <content>/

|  |          |
|--|----------|
| Starker Tobak?<br>Don't believe<br>the hype! .....                                   | Seite 03 |
| Wider die gemeingefährlichen<br>Bestrebungen ewiggestriger<br>Weltverbesserer! ..... | Seite 06 |
| Felek Uca zum<br>Verbotsverfahren gegen<br>die prokurdische Partei<br>HADEP .....    | Seite 07 |
| Das neue<br>Gewaltschutzgesetz .....   | Seite 08 |
| Celles<br>Ehrenbürgerin<br>Carla Meyer-Rasch .....                                   | Seite 10 |
| Literatur .....  | Seite 11 |
| Tschernobyl - was tun?...  | Seite 12 |
| Lokales - Meldungen .....  | Seite 14 |
| Aktion gegen<br>Abschiebung .....  | Seite 18 |
| Friedensbewegung<br>kündigt Demonstration<br>zu Bush-Besuch an .....                 | Seite 19 |
| Sven Giegold von Attac<br>im Bunten Haus .....                                       | Seite 20 |
| Gute Resonanz auf<br>VVN-Ausstellung .....   | Seite 21 |
| Veranstaltungen<br>in Celle .....  | Seite 22 |
| Termine .....  | Seite 23 |

Hallo liebe Leute,

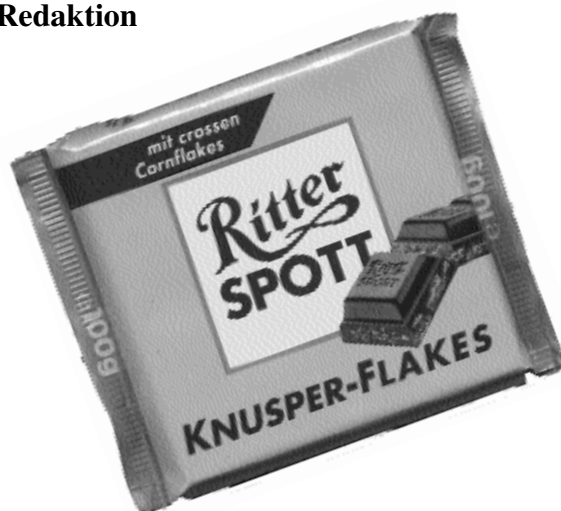
wegen der vielen guten Artikel haben wir den Umfang der 13. revista auf 24 Seiten erhöht - auch wenn unser Konto das eigentlich gar nicht zulässt. Wir sind ja eh auf Eure finanzielle Unterstützung angewiesen: seien es Abos, Anzeigen, Spenden oder Soliveranstaltungen, alles möglich unter E-mail oder Postfach (siehe Impressum).

Eindeutiger Schwerpunkt dieser Ausgabe sind die "Angriffe" auf das Bunte Haus - unserem langjährigen Treffpunkt.

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe ist Ende Mai.

Und dann noch: "And the winner is..." - Tja, das wollt Ihr gerne wissen. Es gibt tatsächlich einen glücklichen Gewinner des Preisrätsels der letzten Ausgabe, die Schoki wird feierlich überreicht.

Bis die Tage  
Eure Redaktion



#### Impressum:

Revista, Nr.13 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle ■ E-Mail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner ■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder! ■ <http://members.tripod.de/Revista>

# Zensurkampagne gegen das Bunte Haus

## Starker Tobak?

### Don't believe the hype!



Das Bunte Haus war im Februar/März mal wieder in den Schlagzeilen; nur waren es diesmal nicht die Neonazis, die die Schließung forderten, sondern eine unheilige Allianz von Polizei, Presse und Parteien erzählte einem mehr oder weniger interessierten Publikum finstere Geschichten. Wie immer war nichts dran an den Vorwürfen, und wie immer wird was hängen bleiben. Nur sollte sich niemand täuschen: Die "jungen Leute", um deren politische Weichspülung es nebenbei immer geht, werden auch aus diesem Stück aus Celles provinziellem Narrenhaus andere Lehren ziehen als die von oben erwünschten.

Kurz zu den Fakten: Am 20. Februar 2002 fand im Bunten Haus eine Veranstaltung zum Thema "Verboten ist, den Frieden zu verbieten! 8 Jahre PKK-Verbot sind genug!" statt. Veranstalter waren die Kurdistan Solidarität Uelzen und die Unabhängige AntiFa Celle (UAC), die als Referentin Monika Morres vom Rechtshilfeverein AZADI gewonnen hatten. Eingeladen worden war mit Flugblättern, in der revista und z.B. auch mit direkten Schreiben an die Ratsparteien und den Oberbürgermeister; die Lokalpresse mochte die Veranstaltung nicht ankündigen. Neben den geladenen, kamen aber auch ungeladene Gäste - nämlich drei Beamte der Staatsschutzpolizei. Dass die Mehrzahl der BesucherInnen sich dadurch nicht unter Generalverdacht stellen lassen wollte, war dann der Polizei und der Aufsichtsratsvorsitzenden der CD-Kasernen Betriebs gGmbH, Karin Hogenkamp (CDU) Anlass genug, eine Kampagne gegen das Zentrum loszutreten, mit der die Cellesche Zeitung bereitwillig und unkritisch ihren Lokalteil füllte.

Politisch standen drei Vorwürfe im Raum, von denen heute so gut wie nichts mehr zu hören ist. Und es gab eine Anmaßung, die das Bunte Haus energisch zurückgewiesen hat. Aber im einzelnen:

#### Staatsschutz nicht erwünscht

Es mag manch eineN LeserIn überraschen, aber das deutsche Versammlungsrecht sichert tatsächlich Polizeibeamten, die in eine öffentliche Versammlung entsandt werden, zu, dass ihnen "ein angemessener Platz eingeräumt werden" muss. Ein Verstoß dagegen ist eine Ordnungswidrigkeit - juristisch vergleichbar der Übertretung eines absoluten Halteverbots. Nun ist aber die Frage, ob den Beamten überhaupt der Zutritt verwehrt wurde? Die Kurdistan Solidarität Uelzen als Veranstalter erklärt zu diesem Punkt: "Den Beamten wurde nur mitgeteilt, dass ihre Teilnahme von mehreren Besucher(inn)en der Veranstaltung nicht erwünscht war. Nachdem sie gebeten wurden, diesen Wunsch zu respektieren,

machten sie keinerlei Anstalten, einen 'Besuch' zu erzwingen, oder wiesen auf irgendwelche rechtliche Bestimmungen oder Vorschriften hin." Und das wird von allen in dieser Situation Anwesenden bestätigt. - Im Gegensatz zu all seinen in der CZ veröffentlichten Äußerungen war am 8. März 2002 in der 'Jungen Welt' von Polizeichef Schomburg folgendes zu lesen: "Man habe den Termin auf der Internet-Seite von Rechtsextremen gefunden, so Kriminaldirektor Schomburg gegenüber Junge Welt. Nach Paragraph 28 Versammlungsgesetz [gemeint sein können aber nur die § 12 und 29; Murks] seien drei Zivilbeamte vom Staatsschutz geschickt worden, um die Versammlung 'zu schützen', auch gegen 'mögliche Angriffe von außen.'" Unsererseits gibt's für diese Aussage keinen einzigen Anhaltspunkt.

#### Starker Tobak,

Da eine Ordnungswidrigkeit an sich wenig schlagzeilenträchtig ist, musste dann der "starke Tobak" her. Im Vorfeld war die CDK im Unterschied zum Bunten Haus von der Polizei informiert worden, so nahmen dann die Aufsichtsratsvorsitzende Hogenkamp und die Prokuristin Holtkott an der Veranstaltung teil. (CDK-Geschäftsführer Kai Thomsen war nicht in Celle.) Die CZ zitiert Hogenkamp mit den Sätzen: "Ich war bei der Veranstaltung selbst anwesend, und was dort geboten wurde, war zum Teil starker Tobak. Wir werden es nicht zulassen, dass in städtischen Räumen ein rechtsfreier Raum entsteht." Einen Beleg für den "starken Tobak" blieb die CDK-Aufsichtsratsvorsitzende bis heute schuldig. Noch "wilder" war, was Polizeichef Schomburg aus dem Hut zauberte. Aus seiner Sicht trafen sich laut CZ-Zitat "Staats- und Verfassungsfeinde" im Bunten Haus. Es habe sich bei den Veranstaltern nicht um einen harmlosen Debattenzirkel gehandelt. Die Kurdistan-Solidarität sei militant und werde im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht mit der Parole "Tod den menschenverachtenden Systemen in der Türkei und der BRD!" geführt.

#### gefühlter Linksextremismus oder

Das Bunte Haus wies diese Versuche, dem Zentrum "ein Klischee von Linksextremismus aufzudrängen", mit aller Entschiedenheit zurück, und widersetzte sich den Zensurbestrebungen. In einer Erklärung vom 23.02.2002 heißt es: "Eine lebendige Diskussionskultur lebt von Positionen, die sich nicht mit denen von Regierungsbulletins oder Verlautbarungen der Oppositionsparteien decken. Vor diesem Hintergrund grenzen die Stellungnahmen des Celler

Polizeichefs und der CDK-Aufsichtsratsvorsitzenden fast an üble Nachrede. Herr Schomburg bemüht für seine Vorwürfe ein Zitat aus dem nds. Verfassungsschutzbericht. Dieses Zitat wird dort der Kurdistan-Solidarität Göttingen (nicht Uelzen!) im Zusammenhang mit einer Flugschrift vom April 1999 zugeschrieben. Was bitte hat das mit der Veranstaltung im Bunten Haus zu tun? Ist - als Vergleich - die FDP Celle verantwortlich zu machen für das, was ein FDP-Wähler aus Saarbrücken in einem Leserbrief an die dortige Lokalzeitung schreibt? Ohne einen einzigen konkreten Beleg behauptet Frau Hogenkamp, die in der Veranstaltung anwesend war, es sei starker Tobak geboten worden. Gibt es mittlerweile einen 'gefühlten Linksextremismus', dessen oberste Stufe 'starker Tobak' ist?"

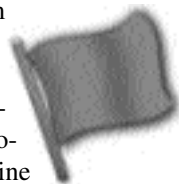
## **nix als heiße Luft?**

Das Bunte Haus setzte den Vortrag von Monika Morres auf die eigene Webseite und lud alle Interessierten ein, sich den Text anzuschauen. Zur angeblichen Verfassungsfeindlichkeit ihres Referats äußerte sich Monika Morres in einer Stellungnahme so: "Um das immer noch bestehende Betätigungsverbot der PKK wieder mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen, fand Anfang Dezember 2001 ein zweitägiges öffentliches Symposium in Berlin mit dem Titel 'Verboten ist, den Frieden zu verbieten!' statt. Zentrales Anliegen dieser Veranstaltung und ihrer Teilnehmer/innen war es, die Notwendigkeit der Aufhebung des PKK-Verbots zu fordern. ... Auf dieser Veranstaltung habe ich jenen Vortrag gehalten, der ... 'zum Teil starker Tobak' gewesen sein soll." Das Berliner Symposium war u.a. getragen von der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), medico international und der Humanistischen Union. Das Symposium wie der Aufruf an die Bundesregierung, Schritte zur Aufhebung des PKK-Verbotes einzuleiten und sich für eine friedenspolitische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen, wurde übrigens auch von dem CDU-Politiker Norbert Blüm unterstützt.

Mit der Veröffentlichung des Vortrags war es nach einer Woche wenig verwunderlich, dass es polizeilicherseits hieß, der Inhalt des Vortrags sei nicht Gegenstand der Ermittlungen.

## **Flaggenhissung im Bunten Haus?**

Es ist eine Zeitlang her, dass über dem Eingang des Bunten Hauses ein schwarz-roter Lappen anarcho-syndikalistische Romantik verbreitete. Nun aber - Potzblitz - sollen sich die "Staatsfeinde" als Fans "nationaler Symbole" entpuppt und im Zentrum eine Flagge gehisst haben. Das nämlich war nach einer Woche als einziger politischer Vorwurf übrig geblieben: Nach Zeugenaussagen, erklärte Kriminalhauptkommissar Hans Müller-von der Ohe gegenüber der CZ, soll bei der Veranstaltung eine Flagge der verbotenen Befreiungsfront Kurdistan gezeigt worden sein. Jetzt ermittle man wegen § 20 des Vereinsgesetzes gegen Verantwortliche des Bunten



Hauses, gegen die Referentin sowie gegen zwei Vertreter der kurdischen Seite. Die Zeugen, das ist kein Geheimnis, waren die CDK-Vertreterinnen Hogenkamp und Holtkott - erstere wandte sich schon gleich nach der Veranstaltung mit ihren Notizen an die vor dem Bunten Haus wartenden Staatsschutzbeamten. Doch was haben sie gesehen, was alle anderen nicht gesehen haben?

## **Ein Foto beweist das Gegenteil**

Olaf Meyer von der Kurdistan-Solidarität Uelzen vermutet in einer Erklärung vom 4. März 2002, dass es sich wohl um ein Transparent handeln müsse, das während der Veranstaltung aufgehängt gewesen sei und die Aufschrift: 'Weg mit dem Verbot der PKK! Der kurdische Befreiungskampf lässt sich nicht verbieten!' gehabt habe: "Auf dem Transparent war ebenfalls das Symbol der mittlerweile aufgelösten Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) abgebildet. Die ERNK ist seit 1993 in der BRD verboten. Selbstverständlich wurde das verbotene Symbol überklebt. Der angebrachte, ca. 21cm mal 60 cm große Aufkleber trug die Aufschrift: 'Zur Zeit verboten'. Dieses können mehrere Zeugen, u.a. Frau Hogenkamp, bestätigen. Auch existiert eine Fotografie von besagtem Transparent. Dieser Sachverhalt stellt keinen Verstoß gegen den § 20 des Vereinsgesetz dar. Ein entsprechendes rechtskräftiges Urteil belegt diese Einschätzung. Das verbotene Symbol zu überkleben war übrigens seinerzeit (1994 bei einer großen Demonstration in Bonn) ein Vorschlag der dortigen Polizeiführung (!), zu 'Deeskalationszwecken'. Wegen überklebter PKK-Symbole ist in der BRD bisher auch niemand verurteilt worden. Dem Ermittlungsverfahren des Celler Staatsschutz sehen wir daher gelassen entgegen und freuen uns jetzt schon auf die zwangsläufige Einstellung des Verfahrens."

Die zu diagnostizierenden Idiosynkrasien, also überempfindlichen Abneigungen, beziehen sich im Bunten Haus genau auf das ihm vorgeworfene "Hissen von Flaggen"; während jene, die den Vorwurf erheben, bei nationalen Symbolen in aller Regel erhebende Gefühle bekommen. Und andersrum kriegen die Schützer des Staates offenbar noch heute Pickel, wo sie unter einem Din A-3-Blatt auch nur einen Roten Stern erahnen, während es der westdeutschen Linken kaum noch mehr gilt als ein poppigiges Symbol. Alles nicht ohne Witz, aber trotzdem nicht lustig.

## **Wer hat denn da das Licht ausgemacht?**

In hohem Maße peinlich und unverschämt war dann, was sich "die" Politik leistete. Die hier zum Tragen kommenden Kontroll- und Aufsichtsgelüste sind in ihrer provinziellen Dummheit ein richtiger Flashback in die fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts.

Am 26. Februar 2002 berichtete Petra Schiffer (pes) in der CZ, dass die CDU Anlass für juristische Schritte sehe und die SPD Konsequenzen fordere. Insgesamt ist dieser Artikel ein Meisterstück an Desinformation. Deshalb lohnt es sich, auf

einige Behauptungen im Detail einzugehen. Die Celler SPD heißt es, habe bereits seit Ende des vergangenen Jahres von "problematischen Vorgängen" im Bunten Haus gewusst. Der Vorsitzende der Ratsfraktion, Jens Rejmann, erklärte gegenüber der CZ, bereits im Dezember "informell" darüber informiert worden zu sein, dass es dort große Schwierigkeiten gebe. Er wird mit einer Forderung nach einem "Belegungsplan für das Bunte Haus" zitiert. Und weiter: Wenn Polizei und Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis kämen, dass im Bunten Haus verfassungsfeindliche Veranstaltungen stattfinden würden, müsse über Konsequenzen nachgedacht werden. Rejmann kritisiert dann noch die CDK-Aufsichtsratsvorsitzende, deren Reaktion zu spät komme, so dass auch über ihre Person nachgedacht werden müsse. - Die Chefin der CDU-Ratsfraktion, Astrid Peters, nahm daraufhin ihre Kollegin in Schutz; sie wird wie folgt zitiert: "Es stimmt, dass es im Dezember einen Vorfall gab und eine Veranstaltung untersagt worden ist. Das zeigt, dass der Aufsichtsrat nicht untätig ist, sondern reagiert, wenn es notwendig ist. ... Wenn sich diese Vorfälle häufen, ist es natürlich angebracht, über eine fristlose Kündigung des Vertrags nachzudenken."



Falkenhagen (FDP) warnten vor Vorverurteilungen und forderten eine möglichst objektive Bewertung. - Die CDK-Geschäftsleitung verhielt sich in allem vergleichsweise souverän. Kai Thomsen reagierte auf die Falschberichterstattung sofort mit einer Korrektur und erinnerte alle Beteiligten in dieser Presseerklärung an ihre Sorgfaltpflicht. Dass er eine Rechtsanwaltskanzlei einschaltete, um die im Raum stehenden Vorwürfe und Handlungsmöglichkeiten der CDK überprüfen zu lassen, ist in Celle Teil seines Jobs.

## "Alles Lüge!" (Rio Reiser)

Starker Tobak? In der Tat mal wieder. Denn an dem, was der Artikel behauptet und suggeriert, stimmt nichts. Noch am selben Tag gab's vom CDK-Geschäftsführer Kai Thomsen eine korrigierende Presseerklärung:

"Die von Herrn Rejmann dargestellten Vorfälle im Dezember 2001 sind der Geschäftsleitung der Betriebs gGmbH nicht bekannt. Nach einem Gespräch mit Herrn Rejmann hat sich jedoch ergeben, dass es sich hierbei um eine Veranstaltung Mitte des Jahres 2001 handelte, die jedoch nichts mit dem Bunten Haus zu tun hatte. Auf Anraten der Polizei Celle sagte die Betriebs gGmbH diese Fremdveranstaltung (eine Vermietung in eigenen Hallen) ab."

Damit war eigentlich alles vom Tisch, worauf sich die lokalen Spitzenpolitiker stürzten und stützten. Die "problematischen Vorgänge", der "Vorfall" im Dezember betraf nicht das Bunte Haus, sondern die CDK. Wurde - nachdem der Fehler bemerkt war - damit gedroht, den Gesellschaftervertrag aufzuheben? Selbstverständlich nicht. War dieser versammelte Quatsch irgendwem peinlich oder Anlass zu einer Entschuldigung? Offenbar nicht. Wurde die falsche Berichterstattung in der Celleschen Zeitung korrigiert? Bis heute nicht. Kein einziges Wort dazu, dass - worüber sich Rejmann und Peters echauffierten - so nicht stattgefunden hat. Kein Wort seitens der CZ, kein Wort seitens der Politiker. Die Stellungnahme der CDK, von der sonst doch scheinbar jede Pressemitteilung ein gern gesehener Seitenfüller ist, wurde schlicht nicht gebracht. Vielleicht wäre es sinnvoller, sich statt übers Bunte Haus mal den Kopf darüber zu zerbrechen, was in dieser Stadt Pressefreiheit ist? Augenscheinlich manchmal die Freiheit, Falschmeldungen einfach nicht zu korrigieren.

Die in dem skandalösen Pressebericht ebenfalls zu Wort kommenden Georgia Langhans (Bündnisgrüne) und Joachim

## Die CDK ist Vermieter, mehr nicht

Die Stellungnahmen aus den Reihen der Politik waren entweder von Unkenntnis geprägt oder in diffamierender Absicht vorgetragen. Das Bunte Haus reagierte in zweierlei Weise. Zum einen erhielt die SPD-Ratsfraktion und ihr Vorsitzender, Jens Rejmann, einen Brief. Zum anderen wurden, nachdem die CDK dann doch noch einen Fragenkatalog beantwortet haben wollte, auch in Richtung Aufsichtsrat die Kompetenzen klar gerückt.

Die SPD-Fraktion wurde wie folgt über das Verhältnis von CDK und Buntem Haus informiert: "Die Geschäftsführung der CD-Kaserne und ihr Aufsichtsrat sind zuständig für die CD-Kaserne. Weder die Geschäftsführung noch der Aufsichtsrat hat irgend eine Weisungs- oder Aufsichtsfunktion gegenüber dem Bunten Haus. Das Bunte Haus ist ein selbstverwaltetes, soziokulturelles Zentrum, getragen vom eingetragenen Verein Buntes Haus e.V. Dieser hat einen Mietvertrag mit der Betriebsführungs-gGmbH der CD-Kaserne, der von uns geachtet wird und den wir u.a. gemäß § 2, 2 mit Veranstaltungen wie der zum Verbot der PKK umsetzen." Weiter wurde gegenüber der SPD deutlich gemacht: "Das Bunte Haus achtet die Grundwerte von Pluralismus, von Meinungsfreiheit und demokratischem Diskurs. Wir verwahren uns entschieden gegen politische Zensur und die Wiederbelebung eines Radikalenerlasses a lá 1973." Eine Reaktion der SPD blieb bis heute aus.

Auch die beiden CDU-Spitzenfrauen taten die ganze Zeit so, als hätten sie in Sachen Buntes Haus etwas zu bestimmen. Ersatzweise wurde dem CDK-Geschäftsführer zur Unterrichtung des Aufsichtsrates folgendes mitgeteilt: "Die CD Kaserne Celle gGmbH ist weder seitens der

Geschäftsführung, noch seitens des Aufsichtsrates ein Kontroll- oder Aufsichtsgremium für das Bunte Haus, sondern schlicht Vermieter."

## Viel Feind, viel Ehr?

In der letzten revista gab's einen Leserinnenbrief von Kunigunde, die im Bunten Haus "entpolitisierte Tendenzen" am Wirken sah, die ihr Angst machen würden. Jetzt ist im Gegenteil deutlich geworden, dass das Bunte Haus politisch geschlossen und souverän alle Anmaßungen zurückgewiesen hat. Diese Stärke kommt nicht aus dem Nichts, sondern wächst immer wieder neu auf Basis der politischen, sozialen und kulturellen Prozesse und Aktivitäten im Zentrum. Und nebenbei werden Erfahrungen akkumuliert. Dabei zeigt sich zum Beispiel, dass die Konzeption und der Alltag im Bunten Haus kompatibel ist mit den Vorstellungen der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur (LAGS), die den

Ausbau des Zentrums zum größten Teil bezahlt hat. Die LAGS hat sich auch im jüngsten Konflikt als Partnerin erwiesen, die die konzeptionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Zentren respektiert und fördert. Das ist ein fundamental anderes Verständnis von der Arbeit soziokultureller Zentren, als es uns in den Äußerungen von Polizei, Presse und Politik in Celle begegnet. Soviel nur in Richtung Kunigunde zur erforderlichen politischen Trennschärfe.

Manch eineR mag's begrüßen, dass sich das Profil des Bunten Hauses in diesem Konflikt im eigenen Milieu mal wieder geschärft hat, in weiten Teilen der weniger gut informierten Öffentlichkeit hat's aber auch einen Imageschaden angerichtet. Ein Beispiel: Die drei Schulklassen, die die VVN-Ausstellung besucht haben, würden heute vielleicht schon nicht mehr - oder aber nur mit großen Vorbehalten kommen. Deshalb ist richtig, was das Plenum in seiner ganzen Weisheit beschlossen hat: Bleibt uns vom Acker mit euerm Klischee von Linksextremismus!

Murks

---

## Gesellschaft zur Bewahrung der Gedanken der Bismarckschen Sozialistengesetzgebung

# Wider die gemeingefährlichen Bestrebungen ewiggestriger Weltverbesserer!

Wir freuen uns, dass noch bevor wir im kommenden Jahr 2003 den 125. Jahrestag der Bismarckschen Sozialistengesetzgebung und des 30. Jahrestages des bundesdeutschen Radikalenerlasses begehen können, in Celle die Notwendigkeit eines härteren Vorgehens gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen" ewiggestriger Weltverbesserer wieder größere Zustimmung findet.

Als "Gesellschaft zur Bewahrung der Gedanken der Bismarckschen Sozialistengesetzgebung" setzen wir uns ein gegen jede Gefährdung des öffentlichen Friedens und der Eintracht der Bevölkerungsklassen. Wir meinen, dass Versammlungen, Schriften und Zeitungen verboten gehören, die die bestehende Ordnung kritisieren oder auch nur hinterfragen.



Deshalb können wir es nur begrüßen, wenn dem vielfarbigen Getümmel im so genannten "Bunten Haus" ein Riegel vorgeschoben wird. Die einzig zugelassenen Farben sind Schwarz-~~Weiss~~-Rot-Gold.

Vor diesem Hintergrund ist es uns eine besondere Genugtuung, der Öffentlichkeit ein Beweismittel vorlegen zu können, das eindeutig die Kriminalität der schon in der Öffentlichkeit skandalisierten Veranstaltung zum "Verbot der PPK" belegt. Das Foto, das wir der Öffentlichkeit präsentieren können, zeigt eindeutig, dass etwa 7-9 % des nur zu erahnenen, wie aber ja zu lesen ist, verbotenen Symbols noch zu sehen sind. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf

hin, dass die Farben grün, rot und gelb auch die bevorzugten Farben so genannter Reggae-Musiker sind, die - egal ob mit oder ohne Drogen - auch im Bunten Haus seit Jahren einen von uns nicht unbeachteten Kampf gegen deutsche Rhythmen, den langsamen Marsch und den schnellen Marsch, fechten.

Da Recht und Ordnung in diesem Lande auf einem Tiefststand angelangt sind, können wir leider eine sofortige Schließung des Bunten Hauses nicht erwarten. Deshalb erlauben wir uns, dem Vorstand des Bunten Hauses einen Stuhl mit der Aufschrift "Zensurbehörde" zu schenken. Wir erwarten, dass dieser Stuhl künftig bei jeder Veranstaltung in der ersten Reihe steht.

Schließlich ist es uns eine besondere Ehre, der

Aufsichtsratsvorsitzenden der CDK, Karin Hogenkamp, eine Zigarre ~~zu verpassen~~ überbringen zu lassen. Es gehört in diesen Zeiten einiges dazu, "starken Tobak" als solchen zu erkennen und auch noch so zu benennen. Es ist bekannt, dass selbst der Kanzler kubanische Zigarren raucht, auch christdemokratische Politiker wurden schon mit dem sozialistischen Gift gesehen. Da wir selbstverständlich für einen vollständigen Boykott der Insel des letzten roten Diktators eintreten, ist die Zigarre, die wir Frau Hogenkamp zur Verfeinerung ihres Spürsinns zukommen lassen, aus deutschen Landen.

Möge in dieser unserer Stadt wieder alter Väter Sitte und Ordnung herrschen, statt Chaos, Anarchie und Meinungsfreiheit!

Celle, die alte Herzogstadt, am 6. März 2002.

---

## Felek Uca zum Verbotsverfahren gegen die prokurdische Partei HADEP



Am 27. Februar 2002 hielt die aus Celle stammende Europaparlaments-Abgeordnete der PDS, Felekna Uca, in Brüssel eine Rede zur Situation der prokurdischen Partei HADEP: "Die Menschenrechtssituation in der Türkei hat sich im vergangenen Jahr keineswegs verbessert. Ich bin dafür, dass die Türkei in die EU aufgenommen wird, aber die Kriterien von Kopenhagen müssen erfüllt werden. Ich begrüße zwar die Verfassungsänderungen, doch bleiben sie weit hinter meinen Erwartungen zurück. Die Türkei muss noch mehr Schritte unternehmen, sonst kann sie nicht der EU beitreten. Die Todesstrafe wurde nicht abgeschafft, sondern nur eingeschränkt. Bei der Umsetzung der Verfassungsänderungen zeigen die türkischen Politiker wenig Eifer. An den türkischen Hochschulen darf zwar Arabisch, Englisch, Deutsch und Chinesisch gelehrt werden, aber Kurdisch, die Muttersprache von 12 Millionen Menschen, bleibt im Erziehungswesen verboten. Mehr als 10.000 Studenten, die von ihrem in der Verfassung garantierten Recht Gebrauch machten und mit Petitionen die Zulassung des Kurdischen forderten, müssen nun mit Strafverfahren rechnen. Sie werden wegen Separatismus angeklagt. Zu einer friedlichen und politischen Lösung der Kurdenfrage gehört die Aufhebung des Sprachverbots und die Aufnahme von Kurdisch als Unterrichtsfach in den Studienplan. Die Kriterien von Kopenhagen schließen das Recht auf muttersprachlichen Unterricht und Medien mit ein und sie müssen eine undiskutierbare Beitrittsbedingung sein. Auch HADEP Mitglieder wurden festgenommen, denen vorgeworfen wird, die Kurdisch Kampagne initiiert zu haben. Mit dem Auftakt des Verbotsverfahrens gegen die HADEP haben die Repressionen gegenüber HADEP Mitglieder zugenommen. Im vergangenen

Jahr wurden 3245 HADEP-Mitglieder festgenommen und mehr als 55 Büros wurden durchsucht und geschlossen. Am Weltfriedenstag wurden mehr als dreitausend HADEP Mitglieder festgenommen. Ein Mensch verlor sogar sein Leben.

Herr Verheugen, ich fordere sie auf, in den Südosten der Türkei zu reisen und mit den 37 HADEP Bürgermeister Gespräche zu führen. Die HADEP Bürgermeister bekommen keine finanzielle Hilfe. Die zerstörten Dörfer wurden immer noch nicht aufgebaut. Wie sollen die tausenden Flüchtlinge überleben? Warum bekommt der Südosten kein Geld aus dem Topf des MEDA Programms, obwohl es die Bestimmungen vorschreiben?

Es ist ein demokratischer Rückschritt, wenn die HADEP verboten wird. Mit einem Verbot marschiert die Türkei auf ihrem Weg nach Europa in die falsche Richtung. Ich und meine Fraktion fordern mit Vehemenz, dass das Verfahren gegen HADEP sofort eingestellt wird. Die Konferenz der Präsidenten hat beschlossen, eine Delegation in die Türkei zu schicken. Solange sich die Türkei nicht öffentlich gegen ein Verbot von HADEP ausspricht, muss eine Delegation ihre Solidarität mit HADEP zeigen und sie unterstützen. Wir müssen vor Ort zeigen, dass dieses Haus undemokratische Maßnahmen nicht akzeptiert."



**Angenommen, Sie werden Opfer von häuslicher Gewalt durch Ihren Ehemann/Partner und rufen die Polizei...**

## **Das neue Gewaltschutzgesetz**

### **Polizeilicher Platzverweis**

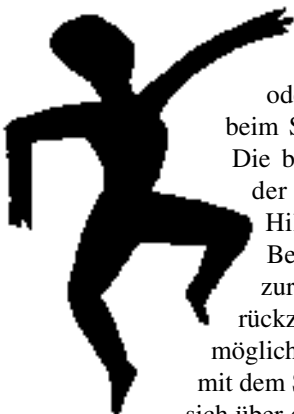


Zunächst einmal: Sie können in der eigenen Wohnung bleiben! Der gewalttätige Mann muss aus der Wohnung gehen, seine Wohnungsschlüssel herausgeben und er darf sich Ihnen und eventl. bedrohten Kindern nicht mehr nähern. Sie erhalten eine Durchschrift dieser Anordnung. Der polizeiliche Platzverweis wird in der Regel für sieben Tage angeordnet. Die Polizei entscheidet über die Dauer auf Grundlage des Einzelfalls.

Der Täter darf wichtige persönliche Dinge (z.B. Ausweispapiere, Geld bzw. Scheckkarte, Krankenversicherungskarte, Kleidung) mitnehmen. Wenn der Täter trotz aktuellem Platzverweis zur Wohnung oder unmittelbaren Umgebung zurückkommt, sollten Sie sofort die Polizei rufen. Diese kann den Mann aufgrund des Verstoßes gegen die Anordnung erneut entfernen, ggf. auch in Gewahrsam nehmen. Mit der Durchschrift können Sie schnell den bestehenden Platzverweis nachweisen.

Die Polizei fertigt in Fällen häuslicher Gewalt über ihren Einsatz und ihre Feststellungen ein schriftliches Protokoll. Sie erhalten dazu die sog. Vorgangsnummer (wichtig!). Sie haben max. sieben Tage, um einen Antrag auf eine zivilrechtliche Schutzanordnung zu stellen. Die Polizei stellt dem Gericht diesen Vorgang zur Verfügung.

### **... und was danach**



Wenn in dieser Notlage keinerlei Mittel zur Verfügung stehen wie z.B. aus einem Sparbuch oder dem Girokonto, können Sie beim Sozialamt Unterstützung erhalten. Die besondere Situation rechtfertigt in der Regel eine vorübergehende Hilfeleistung, die entweder als Beihilfe erbracht wird, also nicht zurückgezahlt werden muss, oder als rückzahlbares Darlehen. Nehmen Sie möglichst vorher telefonischen Kontakt mit dem Sozialamt auf und informieren Sie sich über die erforderlichen Unterlagen.

### **Zivilgerichtliche Schutzanordnungen**

Wenn Sie mit dem Täter in einem auf Dauer angelegten gemeinsamen Haushalt leben, können Sie einen Antrag auf eine Schutzanordnung stellen, also auf vorläufige alleinige Nutzung der Wohnung.

Folgen können weitere Schutzanordnungen, wie Betretungs- Näherungs- und Kontaktverbote, die diese Zuweisung der Wohnung absichern. Beim Familiengericht ihres Wohnsitzes können Sie den Antrag schriftlich einbringen oder mündlich zu Protokoll geben (Rechtsantragsstelle).

In diesen Verfahren brauchen Sie keine anwaltliche Vertretung. Sie sollten sich aber vor einer Antragstellung rechtlich beraten lassen, damit Sie alle erforderlichen Unterlagen für die Entscheidung des Gerichtes gleich mitbringen.

Auch ein Eigentümer oder Mieter kann aus der Wohnung gewiesen werden. Dies hängt davon ab, wer MieterIn oder EigentümerIn in der Wohnung ist:

- Sie sind Eigentümerin oder Mieterin der Wohnung: Die alleinige Wohnungsnutzung kann als Dauerlösung angeordnet werden.
- Beide gemeinsam oder nur der Täter sind Mieter oder Eigentümer: Das Gericht setzt eine Frist von in der Regel sechs Monaten fest.
- Sie sind mit dem Täter verheiratet und wollen sich scheiden lassen: Dann können Sie die Nutzung der Wohnung bis zur Scheidung beantragen.

### **Auf der anderen Seite...**

Im derzeitigen 'Gewaltschutzgesetz' werden folgende Punkte außer Acht gelassen:

**Migrantinnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus werden durch das Gesetz nicht ausreichend geschützt.**

Im Rahmen der Zuwanderungs- Begrenzungs- Debatte wird die längst überfällige Anerkennung von geschlechtlicher Verfolgung erneut blockiert. Damit wird wiederholt ein wichtiger Bestandteil der Genfer Flüchtlingskonventionen missachtet. Migrantinnen, die sich von ihrem gewalttätigen



**Unter Gewalt fallen alle vorsätzlichen Körperverletzungen, Gesundheitsschädigungen oder Freiheitsberaubungen. In bestimmten Fällen reicht auch die Drohung von Gewalt aus.**

Ehemann trennen wollen und deren Aufenthalt vom Fortbestand ihrer Ehe abhängig ist (§19 AuslG), gefährden weiterhin massiv ihr Bleiberecht, wenn sie den Ehemann/Täter aus der gemeinsamen Wohnung verweisen.

Besonders auch für Frauen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, die nicht mit einem deutschen Mann, bzw. mit einem

Wohnung für die Miete verantwortlich. Angestrebt werden sollte deshalb die Möglichkeit, das die von Gewalt betroffene Frau das Mietverhältnis einseitig durch ein Kündigungsschreiben beenden kann.

**Darum fordern wir:**

- die Anerkennung von geschlechtlicher Verfolgung als Asylgrund
- die sofortige Aufhebung der Residenzpflicht und allen anderen rassistischen Sondergesetzen
- den besonderen Schutz von Kindern vor ihren gewalttätigen Vätern
- eine Änderung des Mietrechts

Mann mit gesichertem Aufenthaltsstatus verheiratet sind, sollten Maßnahmen nach dem GewaltSchG. eine Indizwirkung dafür haben, dass sie schutzbedürftig sind. Um für sie die Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Schutzmöglichkeiten zu gewährleisten, muss die Residenzpflicht aufgehoben werden. Ihnen muss das Recht zugeschrieben werden, zum Schutz vor weiteren Gewalttaten ihren Wohnort innerhalb des gesamten Bundesgebietes selbst zu bestimmen und ggf. ein Frauenhaus ihrer Wahl aufzusuchen.

Autonomes Frauenhaus Celle e.V.

**Unvereinbarkeit von Gewaltschutzgesetz und Kindschaftsrecht**

In der bisherigen Praxis der Auslegung des Kindschaftsrechts wird das Umgangsrecht des Vaters nur eingeschränkt oder aufgehoben, wenn sich die Gewalthandlungen des Vaters direkt gegen die gemeinsamen Kinder richten. Nicht berücksichtigt wird die Tatsache, dass das Miterleben von Gewalt gegen die Mutter auch die Kinder direkt in ihrer seelischen Gesundheit verletzt. Darüber hinaus übernehmen Mädchen und Jungen die scheinbar geschlechtsspezifische Rolle des Opfers bzw. Täters. In Fällen von Gewalt sollte deshalb das Recht auf Umgang nur von der Seite des Kindes und nicht von der Seite des Vaters definiert werden. Ein Umgang sollte nur dann möglich sein, wenn das Kind es wünscht!



**Die Kündigung von Mietverhältnissen**

Die Problematik, dass die von Gewalt betroffene Person ohne Mitwirkung der ebenfalls im Mietvertrag aufgeführten Partei das Mietverhältnis nicht lösen kann, ist im Gewaltschutzgesetz nicht berücksichtigt. Die betroffene Frau kann zwar eine Zuweisung der Wohnung erwirken, jedoch kann sie nicht unter vereinfachten Voraussetzungen das Mietverhältnis kündigen. Sie bleibt also auch nach dem Verlassen der



Anzeige:



**Kriegsdienstverweigerung**  
Beratung im Bunten Haus  
Jeden Donnerstag 17 – 19 Uhr

# Celles Ehrenbürgerin Carla Meyer-Rasch

## Bertrams Buch zeigt ihre Hitler-Bewunderung und ihren Antisemitismus

Dass der deutsche Konservatismus Steigbügelhalter für Hitler und die NSDAP war, ist ein Allgemeinplatz. Wenn die rechte Elite auch nach Holocaust und Kriegsverbrechen wenige Jahre später wieder an den gesellschaftlichen Schalthebeln saßen, hatte dies zumeist keine Aufarbeitung zur Grundlage, sondern ein beharrliches Verschweigen der eigenen Rolle und Verantwortung. So kann es uns dann heute auch kaum noch verwundern, dass mit Carla Meyer-Rasch 1973 eine Frau zur Ehrenbürgerin Celles ernannt worden war, die sich in Texten aus ihrem Nachlass als ausgemachte Antisemitin und große Bewunderin Hitlers erweist.

Der Leiter des Celler Stadtarchivs, Mijndert Bertram, hat sich durch den Nachlass der Celler Heimatschriftstellerin gearbeitet und jetzt eine kleine Schrift veröffentlicht, in der er sechs Typoskripte unterschiedlichen Umfangs aus den Jahren 1933-1945 analysiert. Da sind zunächst zwei frühe Texte aus der ersten Phase nationalsozialistischer Machtentfaltung. Während der Text "Allerlei Anekdotisches, das wirklich pas-

siert ist" vor allem politische Witze überliefert, berichtet und kommentiert der parallel entstandene Text "Ernstere Geschehnisse" repressive Maßnahmen der neuen Machthaber. Weiter gibt es einen mit 32 Seiten recht umfangreichen Text mit dem Titel "Nach dem 30. Juni 34", der mit der sogenannten Röhm-Affäre einsetzt und sich in seinen Beobachtungen bis in den Juli 1935 erstreckt. In einem kürzeren Typoskript ohne Titel vom Februar 1937 fasste die Chronistin die Geschehnisse seit dem Sommer 1935 zusammen. Zeitlich klafft dann im Nachlass hinsichtlich der Befassung mit dem Nationalsozialismus eine Lücke, denn erst vom Frühjahr 1945 datieren die Notizen zum "Einzug der Feinde". Und schließlich fand sich ein ausgearbeiteter Text mit dem Titel "Aus Celles schlimmsten Tagen. Frühjahr 1945", den Bertram im Anhang seiner kleinen Schrift dokumentiert.

Die 1885 in Celle geborene Carla Meyer-Rasch wohnte nach Aufhalten in Berlin und München ab 1930 mit einer ihrer Schwestern und ihrer Mutter wieder im Elternhaus in der Bahnhofstraße 13. Sie lebte von gelegentlichen journalistischen und schriftstellerischen Arbeiten und erwarb sich mit ihren drei Bänden "Celler Häuser erzählen. Von Menschen und Schicksalen in der Stadt Celle" den Ruf als Celles größte Heimatschriftstellerin. Das elterliche Wertpapiervermögen war in der Weltwirtschaftskrise verloren gegangen, so dass der großbürgerliche Habitus der Familie im Alltag keine materielle Basis mehr hatte. Vielleicht war dies auch ein Hintergrund, vor dem Adolf Hitler ihr als Hoffnungsträger erschien. Zwar registrierte Meyer-Rasch die Repressionsmaßnahmen der Nazis und bedauerte sie, wo es z.B. gegen Mitglieder des Bürgertums ging. Die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung aber fand, wie Bertram belegt, ihre volle Zustimmung. Schon 1933 schreibt sie: "Wie uns die Juden geschadet haben, kann ich immer wieder in künstlerischer und sittlicher Hinsicht belegen." Und im Mai 1935 notiert sie: "Wenn wir uns etwas mehr Zeit gelassen hätten, hätten wir sie in 10-20 Jahren wohl alle friedlich aus Deutschland herausbekommen, dadurch dass wir sie einfach von jetzt ab nicht mehr anstellten und ihnen nichts mehr abkauften." Bertram ist in seinen Bewertungen bekanntermaßen vorsichtig, aber diese Vorstellungen als Nachhall einer Begegnung Meyer-Raschs mit dem Zionisten Martin Buber im Jahr 1912 zu deuten und das in diesen Sätzen ausgedrückte Programm als "Auswanderung" zu kennzeichnen, greift zu kurz. Es handelt sich nicht um eine zionistische, sondern eindeutig um eine antisemitische Ideenwelt, und eine durch Boykott erzwungene Auswanderung als "friedlich" zu charakterisieren, offenbart schon eine weitgehende Entgrenzung der moralischen Vorstellungen der Schriftstellerin. Dazu passt, dass Carla Meyer-Rasch die Sterilisation behinderter oder als "asozial" eingestufte Menschen begrüßt: "In diesem Punkt",



schreibt sie, "habe ich immer nationalsozialistische Ideen gehabt."

Distanz zum Nationalsozialismus zeigt sich dort, und auch hier ist die Celler Ehrenbürgerin typisch für das konservative Bürgertum, wo z.B. Nazi-Redner plebejische Posen einer bürgerlichen Distinguiertheit vorziehen. Bewunderung zeigt sie dagegen fast bruchlos für die Rhetorik und das Auftreten Adolf Hitlers.

Interessant ist Bertrams Beobachtung, dass Meyer-Rasch in den ersten Jahren des Nationalsozialismus dem Gedanken der Volksgemeinschaft nicht viel abgewinnen konnte. Sie beklagte im Gegenteil die manchmal zum Tragen kommende Missachtung bürgerlicher Intellektueller durch die Nazis.

Doch nach einem Einsatz im weiblichen Arbeitsdienst im Herbst 1935 schrieb sie einen längeren Artikel, in dem sie sich euphorisch zu Arbeitsdienst, Kameradschaft und Volksgemeinschaft äußert - "aus innerer Überzeugung im Sinne der NS-Ideologie", wie Bertram vermerkt.

In den Reflexionen des Jahres 1945 spürt man die Suche nach entlastenden Bruchstellen, die eine frühe Distanz zum Nationalsozialismus belegen könnten. In einer Juristenstadt wie Celle mag es nicht verwundern, dass es das Rechtsempfinden ist, das im Nachhinein die größten Irritationen erfahren haben will. Da ist zunächst die Pogromnacht vom 9/10.11.1938 ("Von dem Tage an bin ich innerlich abgerückt"); hierüber strickte sich das Celler Bürgertum bekanntlich seine Widerstandslegende, die auch Carla Meyer-Rasch bemüht: Die Anwälte Blanke und Frisius erklärten im Anschluss an das Pogrom, an dem sie beteiligt waren, ihren Austritt aus der SA. Als zweite Bruchstelle wird

in ihrem Text vom Juni 1945 die Rede Hitlers vom April 1942 genannt, in der sich der "Führer" die Vollmacht erteilte, als Oberster Gerichtsherr zu entscheiden, ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein. Sie ist sichtlich um Distanz bemüht, wenn sie - und das ist 1945 noch ungewöhnlich und auch im Bürgertum nicht mehrheitsfähig - die Männer des 20. Juli würdigt. Doch bleibt sie gegenüber vielen Maßnahmen und Verbrechen der Nazis ambivalent. Zeichen von Mitgefühl gibt es nur gegenüber deutschen "Opfern". Obwohl sie z.B. den Bombenangriff vom 8. April auf den Celler Güterbahnhof erlebt hat und beschreibt, verweigert sie jegliches Eingehen auf den massenhaften Tod der KZ-Häftlinge und die anschließende mörderische "Hasenjagd", von der sie - so gut informiert zeigen sie alle Aufzeichnungen - gewusst haben muss.

Neben dieser die ganze Schrift Bertrams durchziehenden Fragestellung der Auseinandersetzung Carla Meyer-Raschs mit dem Nationalsozialismus bieten die Quellen und auch einzelne Fotos, die Bertram vorstellt, an Lokalgeschichte interessierten Menschen viele kleine und zum Teil auch neue Episoden und Perspektiven. Kurz: eine lohnende Lektüre. Wen's nur am Rande interessiert, den/die verweise ich auf einen längeren Aufsatz Bertrams im Internet

(<http://www.cellesche-zeitung.de/CZ/LOKALES/SACHSENSPIEGEL/SACHSENSPIEGEL/story38641.html>).

Bertram, Mijndert: "... unsere große Zeit festzuhalten" Die Celler Heimatschriftstellerin Carla Meyer-Rasch und ihre Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Celle 2002, 76 S., 5 uro. (rr)

## Literatur

**Ist etwas faul,**

**...in (Dänemark)?**

**Buchbesprechung, bedingt**

Interessiert es eigentlich wirklich, wie die Parlamentswahlen in Polen, Italien oder Luxemburg ausgehen? Wer kann schon von sich behaupten, die sogenannte Parteienlandschaft in den vielen Ländern auch nur einigermaßen zu kennen. Ich kann es wenigstens nicht; aber sogar mir ist aufgefallen, dass die vermeintliche Vorherrschaft der Sozialdemokratie à la Blair, Prodi, Schröder und Jospin nach dem Umbruch Europas in den 90ern ein rasches Ende fand: Von Österreich und Italien liest man ja so einiges, doch was ist mit landesweiten Kommunalwahlen in den Niederlanden, der Parlamentswahl in Dänemark, der in Norwegen oder auch der Schill-Wahl in Hamburg: immer mehr WählerInnen geben die Stimme Parteien, von denen außer dumpfen Parolen so etwas wie ein Programm nicht einmal im Ansatz vorliegt (zuletzt: Leefbaar Nederland mit rd. 15%).

Was treibt EuropäerInnen um, wenn ein Viertel des Souveräns lieber Jenny Elbers, Ferrari oder den HSV wählte. Gut, wenn Wahlen wirklich was veränderten, wären sie schon verboten; aber diese Menschen aus dem heutigen Europa

lesen doch ab und zu eine Zeitung, oder sie reden wenigstens miteinander und gewiss sind sie nicht alle Proto-Faschisten.

Und dennoch hat z. B. die nationale Wahl in Dänemark das Land in einer Weise umgekrempelt, dass man sich fragt, warum dieser Wandel vom hiesigen politischen Kommentar so wenig wahrgenommen wird.

Der Grund ist jedoch simpel: es handelt sich gar nicht um ein politisch erfassbares Phänomen; es ist vielmehr die Stimmungslage in einer Bevölkerung, die hier ihren Ausdruck findet, und die von der politischen Klasse gar nicht mehr begriffen wird. Ja, gäbe es so etwas wie eine Tradition der politischen Kultur ...

Doch halt! So was gibt es durchaus:  
Bedingungen für die Liebe?

Seit Jahren schreibt der durch die Verfilmung seines "Fräulein Smillas Gespür für Schnee" bekannt gewordene Däne Peter Hoeg (50 J.) Stimmungsberichte aus der Mitte der Gesellschaft ("Plan von der Abschaffung des Dunkels", "Die Frau und der Affe", "Die Erfindung des 20. Jahrhunderts"...). Und seine Gesellschaft, das ist die Stadt Kopenhagen, das Land drum herum - und die Zeit ist die Gegenwart. Jene Gegenwart, die geprägt ist durch die Geschichte. In dem 1990 erschienen "Von der Liebe und ihren Bedingungen in der Nacht des 19. März 1929" (unklarer allerdings der Orginaltitel

Geschichten einer Nacht) erzählt H. sechs recht kurze Geschichten.

Geschichten handeln von Menschen. Menschen machen Politik oder sind von ihr betroffen. Menschen machen Liebe, oder sie versuchen es wenigstens: "Die Seismologie ist die Wissenschaft von den Oberflächenerstürterungen, die durch Spannungen unter der Erdoberfläche hervorgerufen werden. Das Studium der Liebe ist die Seismologie der Persönlichkeit und der menschlichen Gemeinschaft. Um ein Mitmensch zu werden, muss man seinen Liebesdrang eindämmen können. Um ein Staatsbürger zu werden, muss man ihn eindämmen und kanalisieren können. Wer sein ganzes Leben an diese erotische Ingenieursarbeit setzen kann, kann ein großer Beamter werden. Wer weder zu kanalisieren noch sein Leben einzusetzen vermag, kann eine große Tragödie werden. Oder Künstler. Oder etwas Drittes, Unvorhersehbares ..." sagt unser Autor.

Und er geht mit seiner Gesellschaft auch nicht eben zimmerlich um: sei es die Entlarvung

spießiger, verlogener Lebensanschauungen, sei es die rüpelig-polterige Art, mit der er z.B. die Stadt R. auf der Insel L. schildert ( und wer mal da gewesen ist, weiß, wie weit es zuweilen mit der dänischen hyggelighed - Gemütlichkeit - gehen kann), all das weist Hoeg als nun nicht gerade politically correct aus. Aber warum auch? Eine Stimmung lässt ja niemenschen unberührt, Du reagierst darauf; und - im

Rahmen der FDGO, versteht sich - beziehst gefälligst Stellung, anstatt stumm daneben zu stehen .

Ich nehme Hoeg die Ernsthaftigkeit ab, mit der er einfordert, dass eine Liebe (die Erfüllung sucht) ihren Bedingungen gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann ; die Einnahmen eines Buches stiftet Hoeg der "Lolwe Foundation", welche Frauen und Kinder in der 3. Welt unterstützt.

Hoegs Geschichten haben allerdings einen Nachteil: sie beginnen stark bis gut, um dann doch erzählerisch nachzulassen. Mein Favorit ist "Versuch über die Dauer der Liebe"; -- allein der Beginn jedoch ist hier so brilliant, dass ich wünschte, ich hätte sie selber geschrieben.

## **Eine Stimme ist nicht mehr**

Die gute Astrid Lindgren ist gestorben. Ich meine es ist nicht übertrieben zu sagen (siehe ihre Rede anlässlich des Friedenspreises), dass sie das GUTE im Prinzip immer in dem Menschen gesehen hat, - das MIESE immer im Prinzip unter den Menschen fand, also in einem verantwortungslosen gesellschaftlichen Umgang .

Die großen und kleinen Mensch Kinder haben eine Fürsprecherin verloren . GEPUNKT

---

# **Tschernobyl - was tun?**

## **Veranstaltung zum Jahrestag mit drei Referentinnen**



Aus Anlass des 16. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe lädt das Celler Forum gegen Atomenergie am 23. April 2002, 19.30 Uhr, zu einer Veranstaltung in das Urbanus-Rhegius-Haus ein. Drei Frauen, die jede auf ihre Weise von Tschernobyl geprägt ist, werden

über ihre Erfahrungen mit humanitärer Hilfe für die Opfer des Gaus berichten und erläutern, warum die Lehre aus Tschernobyl nur die Stilllegung aller Atomanlagen sein kann.

Zur Erinnerung: Am 26. April 1986 kam es zu einem Super-Gau in der Ukraine. Aus dem Block 4 des AKW Tschernobyl entwichen ungeheure Mengen radioaktiver Substanzen, die riesige Landstriche in Europa und Asien verseuchten. Über 600.000 Menschen wurden eingesetzt, um das Atomkraftwerk unter Kontrolle zu bekommen, abzuschirmen und um die größten Schäden zu beseitigen. Die meisten dieser Katastrophenarbeiter waren Militärflichtige aus der gesamten damaligen UDSSR. Viele überlebten ihren Tschernobyl-Einsatz nur wenige Monate oder Jahre; unzählige sind mittlerweile schwerst erkrankt.

Nach der Reaktorkatastrophe ist in einem Umkreis von mehreren tausend Kilometern eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit, von Totgeburten und Fehlbildungen festzustellen. Voraussichtlich erst im Jahre 2015 wird der Höhepunkt dieser Entwicklung erreicht sein. Neben einer dra-

matischen Zunahme von Schilddrüsenenerkrankungen, Leukämie und Immunschwäche treten in einigen Regionen weitere 30 Krankheiten durchschnittlich 500% häufiger auf als vor dem AKW-Unfall.

Aufgrund der am 26.4.1986 vorherrschenden Windrichtung gingen fast 70 % des radioaktiven Niederschlags auf Weißrussland nieder. Ein Viertel der Bevölkerung wurde radioaktiv verstrahlt. Die Situation in diesem am stärksten betroffenen Land ist dramatisch. Selbst offizielle Stellen geben schon für 1998 eine Zunahme von Schilddrüsenkrebs bei Kindern um das 50-fache zu. Bei fast 2/3 (!) der Geburten kommen kranke Kinder zur Welt, bzw. handelt es sich um Totgeburten. Tendenz steigend. Die Folgen, das ganze Ausmaß der Katastrophe, sind bis heute nicht abschätzbar.

Neben den gesundheitlichen Schicksalen, dem Leid Hundertausender, die umgesiedelt wurden, zeugen auch die wirtschaftlichen Belastungen allein durch den Unfall in Tschernobyl von dem Irrsinn und der Unverantwortlichkeit der sog. friedlichen Nutzung der Kernenergie. Nach Auskunft der Botschaft werden die Folgekosten der Katastrophe in Kürze allein in Weißrussland bei ca. 300 Milliarden US-Dollar liegen. Weltweit dürften sämtliche Folgekosten bald an die tausend Milliarden US-Dollar herankommen, Zahlen, die die Wirtschaftlichkeit der Atomenergie ad absurdum führen. Wenn sämtliche Kosten, inklusive der Atommüllkontrolle, die über viele tausend Jahre gewährleistet werden muss, von der Atomindustrie übernommen und abgesichert werden



müssten, so wären spätestens nach der Katastrophe von Tschernobyl sämtliche AKWs allein schon aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen stillgelegt worden.

Humanitäre Aktionen stehen bis heute im Mittelpunkt der Tschernobyl-Arbeit in Deutschland. Zahlreiche Initiativen, die Kirchen, aber auch Einzelpersonen organisieren seit vielen Jahren moralische, finanzielle und medizinische Unterstützung zur Linderung der Not in den am stärksten verstrahlten Gebieten. Neben Hilfstransporten, Entsendung, bzw. Schulung von Fachkräften ist die Aktion "Hilfe für Tschernobyl-Kinder" von großer Bedeutung. Allein die Evangelische Landeskirche in Niedersachsen hat bisher dank der Unterstützung zahlreicher Gastfamilien über 16000 Regenerationsaufenthalte für Jugendliche und Mütter mit Kleinkindern aus Weißrussland organisieren können. Johanna Ottermann von der "Bürgerinitiative Südheide" wird in der Veranstaltung schwerpunktmäßig über den humanitären Aspekt referieren.

Andere "Tschernobyl-Kinder", die um 1986 Kleinkinder waren und von den Ängsten ihrer Eltern geprägt wurden, machten vor allem im Frühjahr 2001 von sich reden, als der martialisch bewachte Castortransport trotz eines wochenlangen Ausnahmezustandes im Wendland mehrfach erfolgreich gestoppt werden konnte. Insbesondere die Bilder von einer Anketaktion bei Eiseskälte wurden weltweit übertragen. Eine daran beteiligte Schülerin aus dem Wendland wird am 23. April 2002 in Celle vom Widerstand dieser "Tschernobyl-Generation" gegen die Atomenergie berichten.

Die meisten Politiker machen in der Tschernobyl-Diskussion eine klägliche Figur. Während der SPD-Bundesparteitag 1986 noch einen unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb von 10 Jahren beschloss, machte es Kanzel Schröder zur Chefsache, selbst eine Energiewende in der Ukraine zu ungunsten der Atomindustrie

zu verhindern: Mit deutschen Steuergeldern dürfen Siemens und AKWs weiter in der Ukraine strahlen und die Menschheit gefährden, obwohl moderne, hocheffiziente und vor allem sichere Gaskraftwerke sogar die kostengünstigere Alternative gewesen wäre. Auch verstanden es der Kanzler und sein Wirtschaftsminister Müller, einst Manager in einem Atomkonzern, ein Bestandssicherungsgesetz für AKWs zu realisieren, das man den Grünen zu Liebe Atomausstiegsgesetz nennt. Katrin Grasnik von der BI Lüchow-Dannenberg wird in der Veranstaltung zu dieser Täuschung der WählerInnen Stellung beziehen, aber auch von ihrem Besuch in Tschernobyl und von der Bedeutung des aktuellen Widerstandes gegen die atomaren Gefahren berichten.

Weitere Information : [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

Hilfe, Mitarbeit, Spenden: AG Hilfe für Tschernobyl-Kinder (Tel. 0511-1241-975), (Ev.-luth. Kirchenkreis Soltau, Frau Kioschis (05191-976342), Bürgerinitiative Südheide, Johanna Ottermann.



Forum gegen Atomenergie Celle

Anzeige:

Piercing  
Handshop  
Watches

Asia  
Science-Fiktion  
Comicwear

**STERN AUGE**

**STAR EYE**

Am Heiligen Kreuze 15  
Celle-City 0 51 41-217 417

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

## **Ostumgehung – Baubeginn schon 2003?**

Bis November soll der Planfeststellungsbeschluss für den ersten Bauabschnitt der Ostumgehung stehen. Das zumindest glaubt Celles oberster Verkehrsplaner Bernd Skoda. Im Frühjahr nächsten Jahres könnten, so seine Hoffnung, die Bauarbeiten starten. In diesem Herbst soll dann das Planfeststellungsverfahren für den zweiten Bauabschnitt eingeleitet werden. Hier wird mit wenig Problemen gerechnet. Zum höchst problematischen dritten Teil, der Allerquerung, eröffnete Skoda gegenüber der CZ simple Technokratenlogik: Wenn der erste Spatenstich gesetzt sei, müssten hierfür schließlich Lösungen gefunden werden.

## **TV-Film zu Hetendorf**

"Ein Dorf erinnert sich" soll der TV-Film heißen, der sich mit dem Widerstand der Hetendorfer gegen das dortige Nazi-Zentrum befasst. Die Filmemacher Wolfgang Becker und Bernd Wolter wollen die BewohnerInnen mit alten Bildern konfrontieren und nachfragen, wie sie heute die Geschichte des Widerstands sehen. Entlang der Erinnerungen will der Film auch die Geschichte bis zur Schließung des Nazi-Zentrums noch einmal aufrollen. Peter Buttgeriet machte in einem Leserbrief an die CZ am 26.02.2002 auf die Anfänge aufmerksam: "Als 1978 faschistische Gruppierungen Hetendorf 13 erwarben, gab es zunächst nur wenige, die Bescheid wussten und sich dem Ungeist entgegenstellten."

## **Kriegsgegner verlassen die Olivgrünen**

Nach Norbert Peters und weiteren Parteimitgliedern aus Hermannsburg hat, wie im Februar mitgeteilt wurde, auch das Lachendorfer Samtgemeinderatsmitglied Dagmar Hornbostel die Partei verlassen. Sie sei nach der Afghanistan-Entscheidung

ausgetreten, weil sie die Grundsätze einer Friedenspartei bei den Grünen nicht mehr wiederfände. Hornbostel bildet jetzt zusammen mit dem UL-Ratsmitglied Ulrich Kaiser eine Gruppe im Samtgemeinderat.

## **Abschiebung – Mitwirkung erbeten?**

Mit Schaum vor dem Mund reagierte Holger Surborg mit einem Leserbrief an die CZ auf die Protestaktion gegen die Abschiebung von Emin H.. Er polemisierte gegen die seiner Auffassung "selbst ernannten Moralapostel" und behauptete, ihm seien zahlreiche Asylbewerber bekannt, die aufgrund ihre Bereitschaft und Aufgeschlossenheit bezüglich formaler Anforderungen anerkannt worden seien. Immerhin veröffentlichte die CZ daraufhin auch einen Leserbrief, der klarstellte, dass es "arrogant und dumm" sei zu behaupten, Flüchtlinge würden ausgewiesen, weil sie "formelle Anforderungen verweigert" hätten.



## **Zwei Ehrenbürger ver- schwunden**

Aus Anlass der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den ehemaligen Celler Oberbürgermeister Herbert Severin widmete die Stadt Celle ihre 14-tägige Anzeigenseite im Celler

Kurier dem Thema "Ehrenbürger". Da war in einem Kästchen zu erfahren, dass die Ehrenbürgerwürde in Celle seit 1832 erst in zwölf Fällen vergeben worden sei. In einem anderen Kästchen sind die Ehrenbürger namentlich aufgeführt, doch dort sind es nur zehn. Da revista bekanntlich auch bis 12 zählen kann, kommt hier die Aufklärung: Unterschlagen wurden die Ehrenbürger Hans Kerrl (1934), dem man zurechnete, als NSDAP-Justizminister das Landeserbhofgericht nach Celle gebracht zu haben, und Otto Telschow (1936), Leiter des NSDAP-Gaus Ost-Hannover. Als die VVN-BdA in den 1980er Jahren mal forderte, den beiden die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen, weigerte sich die CDU-Ratsmehrheit mit dem "Argument", die Ehrenbürgerschaft sei mit ihren Tod erloschen. Jetzt löst man das Problem durch einfaches Verschwinden-Lassen. - Aber auch die ihnen nachfolgenden Ehrenbürger waren eher zweifelhafte Persönlichkeiten. Wilhelm Heinichen (1969) diente den braunen Herrenmenschen als Celler Landrat zwischen 1933 und 1945, der ITAG-Gründer Hermann von Rautenkranz (1973) hielt seine Ehre nicht davon ab, Zwangsarbeiter zu beschäftigen, und Carla Meyer-Rasch (1973) kann als gestandene Antisemitin gelten (siehe auch die Rezension in diesem Heft). Es ist halt "die feine Gesellschaft", in die sich Herbert Severin da einreihen darf.

## **Bundestagskandidaten – Uelzen vorn**

Hedrich hat es wieder geschafft. Deutlich setzte er sich in einer CDU-Mitgliederversammlung als Bundestagskandidat für Celle-Uelzen gegen die Herausforderin Susanne Schmidt aus Celle durch. Hedrich kommt wie Struck aus Uelzen. Da auch die FDP und die Bündnisgrünen (mit Melanie Dieckmann-Kirks) erstmals Kandidaten aus Uelzen im gemeinsamen Bundestagswahlkreis antreten, bleiben wir in Celle vielleicht vor allzuviel Kandidatenaufläufen verschont. - Die Celler PDS nominierte den in

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Hambühren lebenden Lehrer und Sozialpädagogen Lothar Kaminski, der vorher auch schon zum Kreisvorsitzenden gewählt worden war.

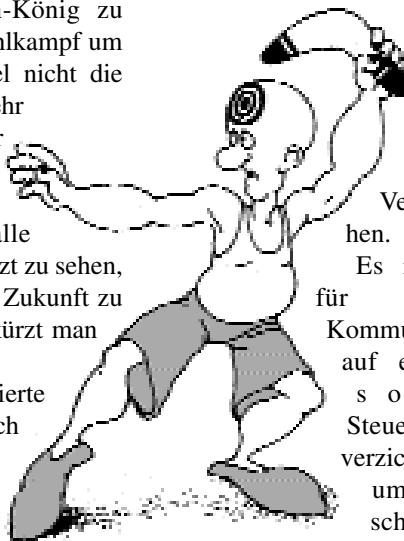
## Rotstiftpolitik im Rathaus Elite-Uni statt Wohnungsbau-gesellschaft?

Auch das "Neue Rathaus" hat wie andere Prestigeprojekte Biermanns kräftig dazu beigetragen, dass das Haushaltsdefizit der Stadt steigt und steigt. Doch sind die Ursachen in der Rotstiftdebatte bisher kein Thema. Trotzdem könnte mensch heute mit ironischem Zungenschlag dafür werben, das Prachtgebäude in "Rotes Rathaus" umzubenennen und - ganz ohne Ironie - seinen Chef als Schulden-König zu betiteln. Dass davon im Wahlkampf um den Oberbürgermeistersessel nicht die Rede war, zeigt nur, wie sehr sich ein Großteil der Kommunalpolitik von Biermanns Zukunftsfähigkeitsgeschwalle hat einfangen lassen - um jetzt zu sehen, dass mit diesem Kurs keine Zukunft zu machen ist? Aber nein, da kürzt man dann doch lieber woanders.

Die von der CZ präsenzierte Streichliste war umfangreich und brächte - umgesetzt - erhebliche Veränderungen für große Teile der Bevölkerung und der Verwaltung. CDU, WG und FDP sind sich in etlichen Vorschlägen der Streichliste einig. So sollen die Küchen in den Kindertagesstätten geschlossen werden, die Zweigstelle der Bibliothek in Groß-Hehlen soll geschlossen werden, die Anteile an der Volkshilfe eG wie auch am Celler Bau- und Sparverein sollen verkauft werden. Privatisiert werden, soll darin sind sich alle Ratsparteien einig, die Straßenbeleuchtung.

Vom Verkauf der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft (WBG) erhofft man sich rund 40-50 Millionen

uro. CDU und FDP tendieren nach einer CZ-Befragung für den Verkauf, für SPD und WG ist die Frage offen, einzig die Bündnisgrünen sagen Nein. Der Verkauf der WBG würde gravierende Veränderungen mit sich bringen. Die WBG hat rund 2500 Wohnungen, davon etwa 650 öffentlich geförderte. Von der Privatisierung betroffen wären rund 7000 MieterInnen. Der WBG-Geschäftsführer Siegfried Hildebrandt wies darauf hin, dass die WBG eine nicht unbedeutende soziale Funktion habe. Entlassene Strafgefangene, Flüchtlinge und sozial Schwache würden vor allem über die WBG an Wohnungen kommen. Ob das, wenn eine Rendite erwirtschaftet werden muss, so bleiben wird, steht in den Sternen. Auch der Einfluss den die WBG mit ihrem Wohnungsbestand auf die Mieten hat, die letztlich in dieser



Stadt zu erzielen sind, ist nicht zu unterschätzen. Steigen die Mieten bei der WBG, können alle anderen Vermieter mitziehen.

Es ist bezeichnend für die Celler Kommunalpolitik, dass auf ein gewichtiges soziales Steuerungsinstrument verzichtet werden soll, um es "einzutauschen" gegen eine Elite-Universität, die mittelfristig wieder neue Löcher in den Celler Haushalt reißen wird. Denn im Unterschied zur WBG, die immerhin eine jährliche Dividende von 175000 uro abwirft, dürfte die "Uni" von vornherein ein Zuschussgeschäft sein. Von den Ratsparteien stehen einzig die Bündnisgrünen mittlerweile gegen die Elite-Uni, ohne sich mit dieser Position aber bisher aus dem Fenster gehängt zu haben. - Wie sehr in Celle die Proportionen aus den Fugen geraten, zeigt nebenbei folgendes: Mit zusätzlichen 30000 uro gewann man letztes Jahr den Bundeswettbewerb "Entente

Florale"; um dieses Jahr im europäischen Wettbewerb zu bestehen, legten man noch einmal 100.000 uro darauf. Gibt's in Celle dann echten Goldlack - oder was?

Nachdem sich der Rat in seiner März-Sitzung noch nicht zu tiefgreifenden Einschnitten entschließen wollte, erließ OB Biermann eine 10%-Haushaltssperre, die erst aufgehoben werden soll, wenn der Rat einem von ihm akzeptierten Konsolidierungsprogramm zustimmt.

## Progressive Jagdgegner

Vier Hochsitze wurden Ende Januar im Waldgebiet zwischen Meißendorf und Walle niedrigerissen und absichtsvoll zerstört. Der Revierbesitzer Günther Ritterbusch kommentierte gegenüber der CZ: "Ob es Jugendliche waren oder progressive Jagdgegner, wissen wir nicht." Vielleicht ja sogar beides?

## Schill Out bei Ex-FDP'ler

Das ehemalige FDP Mitglied Maik Freiberg hat angekündigt, im Mai einen Celler Kreisverband der "Partei rechtsstaatliche Offensive" (PRO), der sogenannten Schill-Partei zu gründen. Der Polizeibeamte war die letzten zwei Jahre in der Celler FDP aktiv; er agierte als Vorstandsmitglied und war Ortsbürgermeisterkandidat für Klein-Hehlen. Vom Vorsitzenden der FDP-Ratsfraktion, Joachim Falkenhagen, war zu hören, die Schill-Partei komme für ihn "sachinhaltlich aus der Ecke der NPD". Wenn sich Freiberg davon angezogen fühle, sei er bei der FDP in der Tat falsch. (Wobei sich dann die Frage stellt, wieso die FDP in Hamburg so problemlos mit Roland Schill eine Koalition bilden konnte?) Auch der FDP-Stadtverbandsvorsitzende Andreas Mercier meinte, Freiberg habe Ansichten vertreten, die mehr an den rechten Rand des politischen Spektrums gehörten.

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

## FiF - Echo mehr als positiv?

Zum Internationalen Frauentag zog am 8. März der Verein Frauenräume, der das "Fif - Frauen in der Fritzenwiese" - Zentrum verwaltet, nach einjährigem Bestehen eine positive Bilanz. Bis Ende 2001 hätten 4561 Besucherinnen Veranstaltungen im Zentrum besucht. Die Stadt Celle hat dem Verein das Haus mietfrei zur Verfügung gestellt und trägt auch die laufenden Nebenkosten. Seit dem 1. März ist mit Christina David eine ABM-Kraft eingestellt. - Es sei hier nur am Rande vermerkt, dass nicht alle Frauen die positive Einschätzung teilen: Für die Zahl der halbwegs interessanten Veranstaltungen des letzten Jahres brauche man nicht mal die Finger einer Hand, heißt es hinter vorgehaltener selbiger.

## Heim ins Reich? OLG Celle urteilt zugunsten von Gysi und Jelpke

Das Oberlandesgericht Celle hat im Januar eine Berufungsklage der Landsmannschaft Ostpreußen gegen den früheren Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, und gegen die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke abgewiesen. Anlass der Klage war eine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung aus dem Jahr 2000, in der die Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen scharf kritisiert und als Satzung, die **Annexion** sanktioniert, eingestuft worden war. Wörtlich heißt es dazu in dem Urteil des OLG Celle: "In der Anfrage bringen die Beklagten ...



ihre politische Überzeugung zum Ausdruck, dass alle Bestrebungen, die bestehenden Staatsgrenzen in Europa in Frage zu stellen und territoriale Ansprüche gegen Nachbarländer zu erheben, den Frieden gefährdeten, jede Politik der guten Nachbarschaft mit den Staaten Osteuropas untergrüben und gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstießen." Diesen Vorwurf muss die Landsmannschaft Ostpreußen "im öffentlichen Meinungskampf hinnehmen", urteilte das Gericht. Somit dürfen Gysi und Jelpke weiterhin die Behauptung aufstellen, die Landsmannschaft wolle "Ostpreußen noch immer heim ins Reich holen". Das Urteil des OLG Celle (Az.: 13 U 98/01) bestärkt die PDS in ihrer Kritik und Ablehnung aller Versuche aus Vertriebenenverbänden, die bestehenden Grenzen in Europa zu relativieren und in Frage zu stellen.

## Europaabgeordnete fordern muttersprachlichen Unterricht in der Türkei

Die PDS-Europaabgeordnete Felekna Uca und 45 andere Europaabgeordnete appellieren an den türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit und fordern die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts in der Türkei. Zu dieser Initiative erklärte Uca am 6. März in Brüssel: "Ich habe im Europäischen Parlament eine Unterschriftenkampagne für die Einführung des muttersprachlichen Unterrichts in der Türkei gestartet. ... Ohne die Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen ist die Mitgliedschaft der Türkei in der EU nicht möglich. Die jüngsten Verfassungsänderungen, die den Gebrauch der kurdischen Sprache erleichtern sollen, wurden bis heute nicht in die Praxis umgesetzt. In unserem Appell fordern wir den türkischen Ministerpräsidenten auf, die notwendigen Verordnungen zur Ermöglichung der muttersprachlichen Bildung zu erlassen."

## Weniger Asylbewerber in Celle

Die Zahl der AsylbewerberInnen in der Stadt Celle ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Am Stichtag, dem 31.12.2001 waren 184 AsylbewerberInnen registriert, darunter 64 Männer, 47 Frauen und 84 Kinder. 192 waren es im Vorjahr. Auch die Zahl der Bleiberechtsfälle ist von 462 auf 352 zurückgegangen. Auch die Zahl der in Celle lebenden anerkannten AsylbewerberInnen ging von 848 auf 796 zurück. Bei den Herkunftsländern der Asylbewerber rangiert Syrien (41), vor Russland (25), dem Irak (24) und der Türkei (24). Bei den Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak und der Türkei handelt es sich in der Mehrzahl um KurdInnen. - Einen deutschen Pass erhielten im vergangenen Jahr 362 Menschen, zumeist Kurden. Im Vorjahr waren es 289 Einbürgerungen.

## Atomwirtschaft die Lizenz entziehen

Anlässlich des hochgefährlichen Unfalls im AKW Brunsbüttel im Dezember und seiner Vertuschung im Dienste des Profits hat das Celler Forum gegen Atomenergie die sofortige Stilllegung des Reaktors gefordert. Was in Brunsbüttel passiert ist, mache zwei Dinge sehr deutlich: Erstens, Atomkraftwerke seien tickende, unberechenbare Zeitbomben und gehören nach Auffassung des Forums deshalb abgeschaltet. Zweitens sei es lebensgefährlich, der Atomwirtschaft zu trauen. Der Betreiber HEW habe die Öffentlichkeit und Behörden über Wochen an der Nase herumgeführt und aus Profitinteressen das Ausmaß des Zwischenfalls verschleiert. Die Celler AtomkraftgegnerInnen sind der Auffassung, dass die HEW als Betreiber des AKW Brunsbüttel zur Verantwortung gezogen werden müsse. Insgesamt sei es höchste Zeit, dieses lebensgefährliche Spiel zu beenden. Der Atomwirtschaft müsse endgültig die Lizenz entzogen werden. - Das Celler



# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Forum gegen Atomenergie trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat im Bunten Haus.

## Spitzenplatz in Sachen pro-Kopf-Verschuldung

Mal ein Spitzenplatz, der Biermann gar nicht passt: Celle steht in der Schuldenrangliste niedersächsischer Städte auf Platz 2. Bisher hält Cuxhaven mit 3480 Pro-Kopf-Verschuldung die Spitze, doch Celle ist mit 3333 nah dran. Kein Wunder, dass Biermann diesen Indikator für "absurden Unsinn" hält, die "Pro-Kopf-Verschuldung" sei die "größte Irrsinngröße, die man sich vorstellen kann". Entscheidend ist aus Sicht des OB, "ob man sich Schulden leisten kann". Städte, die nicht investierten, seien in ihrer Struktur nicht lebensfähig. Biermann hat zwar insoweit recht, als die Stadt Celle nach wie vor über ein beträchtliches Aktienvermögen verfügt - nur ist's wohl an der Zeit, davon was zu veräußern - und vor allem: Künftig von reinen Protzprojekten die Finger zu lassen.

## Antimilitaristischer Aktionstag in Wunstorf

Verschiedene Initiativen aus der Region Hannover rufen dazu auf, am 1. Juni 2002 in Wunstorf einen Aktionstag gegen den Krieg durchzuführen. In einem Flugblatt des Antimilitaristischen Aktionsbündnisses Hannover heißt es u.a.: "Die Tatsache, dass die Bundeswehr weltweit Kriege führt oder Vorbereitungen dafür trifft, darf nicht als 'Normalfall' hingenommen werden - weder in Afghanistan, Somalia, Kuwait, Kosovo, Mazedonien, noch anderswo! Im Zuge des Umbaus der Bundeswehr zur weltweit agierenden Angriffsarmee spielt der Luftwaffenstützpunkt Wunstorf mit dem dort stationierten Transportgeschwader 62 eine bedeutende Rolle." Weiter wird darauf hingewiesen, dass der Oberbefehl der 'Legion

Condor', die 1937 Guernica zerstörte, in Wunstorf lag. Im Rahmen des Aktionstages wird es neben Redebeiträgen, auch Infotische und ein antimilitaristisches Kulturprogramm geben. Näheres ist spätestens im Mai bei den üblichen Verdächtigen zu erfahren.

## Neuer Ausländerberater bei der AWO

Seit dem 1. Februar ist Feyzullah Gökdemir der neue Beauftragte für Ausländerintegration bei der AWO. Gökdemir, der zuletzt ein Projekt der Uni Paderborn zu Kriminalprävention bei ausländischen Jugendlichen leitete, steht Flüchtlingen und anderen MigrantInnen bei Behörden- und Alltagsproblemen zur Seite. Er ist dienstags und freitags zwischen 9 und 16 Uhr in der AWO (Trift 19) erreichbar.

## Poleck im Exit-Programm des Stern

Der ehemalige Celler Neonazi Benjamin Poleck, der zuletzt in Hannover lebte, ist im Aussteigerprogramm "Exit" der Zeitschrift "Stern". In der Ausgabe 13/2002 vom 21. März 2002 wurden über vier Seiten Polecks Nazi-Karriere und seine Ausstiegsgründe berichtet und dabei fast kein Klischee ausgelassen: So erfährt der dicke und sonst immer gehänselte Poleck erstmals bei den Celler Nazis Akzeptanz und Kameradschaft, natürlich sind er und sein Freund von goldkettenträgenden Kurden verprügelt worden, die Lehrer sind verständnislos und seine Eltern schmeißen ihn raus. In der Naziszene steigt Poleck auf, weil er Internetseiten gestalten kann - erst für die Kameradschaft, dann für die Jungen

Nationaldemokraten (JN), die ihn in Niedersachsen auf unbezahlte Funktionärsposten hieven und ihn zuletzt im Wahlkampf der Berliner NPD einspannen. Wirklich bizarr ist der "Ausstiegsgrund", den Poleck dem "Stern" präsentiert und den dieser scheinbar honoriert: Je mehr er für die NPD gemacht habe, desto mehr sei er von Nazis aus den Freien Kameradschaften bedroht worden. In Wahrheit sei er nie ein militanter Rechter gewesen. "Ich habe das nicht in erster Linie wegen der Politik getan. Ich habe es getan, weil mir die Aufgabe gefiel." Jetzt hofft Poleck, dass ihm der "Stern" mit "Exit" zu einem Ausbildungsplatz und einer neuen Wohnung verhilft. Sein Statement hierzu ließ uns schmunzeln: "Und ich will umziehen. Irgendwohin, wo viele Linke und Ausländer wohnen. Da traut sich die rechte Szene nicht hin. Da ist es sicherer."

## Hellmund wegen Verunglimpfung verurteilt

Der Celler Neonazi Klaus Hellmund ist im März vom Landgericht Lüneburg wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Organe zu 1350 Geldstrafe verurteilt worden. Die strafbaren Inhalte habe er über seine "Heimatseite" im Internet verbreitet. Das nächste Verfahren gegen Hellmund steht an: Er ist angeklagt wegen Körperverletzung. In einer Lachendorfer Diskothek hatte er im vergangenen Jahr kurdische Besucher verletzt.



## Aktion gegen Abschiebung

# "Wir wollten das nicht ohne Protest über die Bühne gehen lassen."

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde Mitte Februar der 20-jährige Emin Hajrizovic, der seit knapp drei Jahren in Celle lebte, nach Jugoslawien abgeschoben. Am Tag der Abschiebung protestierte eine Gruppe vor dem Polizeipräsidium und führte am nächsten Tag ein Go-In auf der Ausländerbehörde durch. revista sprach mit Markus, der sich an den Aktionen beteiligt hat.

**Kannst Du uns erzählen, wann und warum Emin nach Deutschland gekommen ist?**

Emin Hajrizovic war im Kosovokrieg 1999 mit seiner Familie aus dem jugoslawischen Sandak, das liegt im Länderdreieck zwischen Serbien, Kosovo und Montenegro, nach Deutschland geflohen. Seine Familie hatte große Furcht angesichts der serbischen Repressionen und der nach dem Eingreifen der NATO eskalierten Situation. Gemeinsam mit seinem Bruder hatte er sich zudem geweigert, der Einberufung zur jugoslawischen Armee zu folgen. Er ist praktisch Deserteur.

**Was werft Ihr der Celler Ausländerbehörde vor?**

Die Abschiebung wurde von der Celler Ausländerbehörde aus unserer Sicht als eine Nacht- und Nebel-Aktion durchgezogen. Morgens um sieben Uhr haben ihn Polizeibeamte in seiner Wohnung festgenommen und nach Düsseldorf verfrachtet, wo er schon um 14 Uhr in einen Flieger nach Belgrad gesetzt wurde. Er hatte keine Gelegenheit, seine Sachen zu ordnen und sich von Freunden und Bekannten zu verabschieden.



**Die Ausländerbehörde sagt, alles sei korrekt abgelaufen.**

Wir haben da unsere Zweifel. Zwar hat die Ausländerbehörde schon vor über einem Jahr Emin eine Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung geschickt. Gleichzeitig hatte er aber, wie er uns gesagt hatte, noch eine Duldung bis zum 28. Februar diesen Jahres. Er hat auch deshalb nicht konkret mit einer Abschiebung gerechnet, weil er nicht die dafür erforderlichen Papiere hatte. Wie es jetzt aussieht, wurden ihm diese dann am Morgen der Abschiebung ausgehändigt. Rechtlich war für uns die Situation ziemlich undurchsichtig. Deshalb haben wir einen Anwalt eingeschaltet, dem es dann in der kurzen verbleibenden Zeit aber weder möglich war, die rechtlichen Fragen verbindlich zu klären, noch aufschiebende Schritte durchzusetzen. Und genau das scheint der Sinn solcher Nacht- und Nebelaktionen zu sein.

**Habt Ihr jetzt schon Kontakt zu Emin gehabt? Wie geht es ihm?**

Von seinem Bruder haben wir erfahren, dass Emin wieder in seinem Heimatdorf ist. Die Situation dort ist vergleichsweise katastrophal, die Wohnungen sind nur notdürftig hergerichtet, es gibt keine Arbeit. Und er lebt nach wie vor mit der Ungewissheit, welche Folgen seine Desertation haben wird.

**Ihr habt versucht, mit Emins Fall an die Öffentlichkeit zu gehen. Wie waren die Reaktionen?**

Zunächstmal war sehr positiv, dass viele Leute, unabhängig wie gut sie Emin kannten, sich über die Abschiebung empört haben. Denn das ist ja auch, unabhängig von allen rechtlichen Fragen, das wichtige: Dass es nicht richtig ist, wie staatliche Behörden mit Leuten umgehen. Es hat ja mit Freiheit und Menschenrecht nichts zu tun, wenn Menschen nicht selbst bestimmen können, wo sie leben wollen. Wir haben dann mit einem guten Dutzend Leute entschieden, den Fall öffentlich zu machen. Dazu haben wir ein Transparent

und ein Flugblatt gemacht. Haben dann vor dem Polizeigebäude in der Jägerstraße einen Termin mit der Celleschen Zeitung vereinbart. Vor der Polizei, weil die bei diesen Nacht- und Nebelaktionen beteiligt ist. Als die Journalistin und der Fotograf da waren, haben wir das Transparent für die Fotos entfaltet und unsere Informationen, Fragen und Empörung mitgeteilt. Am übernächsten Tag wurde dann auch recht sachlich über den Fall berichtet.

### **Wie hat die Polizei reagiert?**

Da kann man jetzt nur den Kopf schütteln. Als wir den Foto- und Pressetermin gemacht haben, ist kein einziger Beamter auch nur vor die Tür gekommen. Aber drei Wochen darauf bekommt dann Emins Bruder, der der CZ-Redakteurin die Hintergründe erläutert hatte, eine Vorladung. Ihm wird vorgeworfen, gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben. Die Redakteurin hatte in ihrem Artikel den Pressetermin zu einer "Demonstration" aufgeblasen. Hätten die ermittelnden Beamten mal in ein Wörterbuch geschaut, hätten sie lesen können, dass als "Demonstration" auch eine nachdrückliche Bekundung für oder gegen etwas gilt, und niemand dafür in Reihen durch Straßen laufen muss. Mal sehen, was dabei noch rauskommt. Das ist jedenfalls absolut kurios.

### **Am nächsten Tag gab's noch ein "Go-In" bei der Ausländerbehörde. Wie sah das aus?**

Es gab so viele Ungereimtheiten bei dieser Abschiebung,

dass wir von den Verantwortlichen eine Stellungnahme haben wollten. Und so sind wir mit rund 20 Leuten in die Ausländerbehörde und haben Auskunft verlangt über die Umstände der Abschiebung. Das brachte aus unserer Sicht zwar keine Aufklärung, aber wir haben den Behördenvertretern dann unsererseits klar gemacht, was wir von ihrem Job und ihrem Agieren halten. Es ist wichtig, dass diesen Behörden, die ja, ohne sich anscheinend für irgend etwas verantwortlich zu fühlen, über das Leben von Leuten bestimmen, mehr auf die Finger geschaut wird. Und das sollte dieses Go-In auch ausdrücken. Es war für die Beamten und Angestellten eine ungewohnte Situation, sich mal für ihr Tun rechtfertigen zu müssen, und es war für manche von uns auch eine Erfahrung, sich nicht sofort mit irgendeinem Blabla abspesen zu lassen, sondern zumindest die eigene Sicht dagegen zu stellen.

### **In Eurem Flugblatt gibt's den Satz "Es gab in Deutschland genug Deportationen - jede weitere, ob in Celle oder anderswo, ist eine zuviel!" Sehr Ihr tatsächlich Parallelen zum Nationalsozialismus?**

Es geht bei diesem Satz nicht um eine Parallelisierung, sondern darum deutlich zu machen, dass aus der Vernichtung der europäischen Juden Lehren zu ziehen sind. Wir verurteilen, dass Leute gegen ihren Willen, also mit Zwang - und das ist nichts anderes als eine Form der Deportation - außer Landes verfrachtet werden.

---

# **Friedensbewegung kündigt Demonstration zu Bush-Besuch an**

Anlässlich des Deutschland-Besuchs des US-Präsidenten Bush im Mai ruft die Friedensbewegung zu einer Großdemonstration in Berlin und zu vielen dezentralen Aktionen im ganzen Land auf. Unter dem Motto "Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident!", soll dem US-Präsidenten in Deutschland der "Empfang bereitet werden, den er verdient". Nach Überzeugung der Friedensbewegung wird in Washington derzeit die nächste Phase des sog. "Krieges gegen den Terror" vorbereitet, der nichts anderes ist als ein Krieg zur Festigung der US-Hegemonie und zur Vertretung handfester ökonomischer und geostrategischer Interessen der USA. Der geplante Krieg gegen den Irak sei eine Bedrohung des Weltfriedens.

Das Konzept der Friedensbewegung sieht vor, dass am 21. Mai, also am Vorabend des Bush-Besuchs, eine bundesweite Demonstration und Kundgebung in Berlin stattfindet. Einen Tag später, am 22. Mai, sollen im ganzen Land Aktionen gegen die US-Kriegspläne stattfinden, vornehmlich an dafür geeigneten Objekten (z.B. US-Botschaft, Konsulate, Atomwaffenlager in Büchel, Atomare Einsatzzentrale EUCOMM in Stuttgart), aber auch an anderen Orten. Dabei

richten sich die Proteste nicht nur gegen Bushs Kriegspolitik, sondern auch an die Adresse der Bundesregierung. Die Bundeswehr dürfe sich "nicht weiter an dem Kriegsfeldzug der USA beteiligen" und die Bundeswehrsoldaten sollten sofort aus den Kriegsaufmarschgebieten abgezogen werden. Es folgt der Aufruf:

### **Wir wollen ihre Kriege nicht, Herr Präsident ...**

Besorgnis erregende Nachrichten häufen sich. US-Präsident Bush plant, den "Krieg gegen den Terrorismus" auszuweiten. Als nächstes Ziel wird der Irak genannt. Ein "Kreuzzug" gegen politisch missliebige Staaten droht. Die Staaten der Welt werden in Gut und Böse eingeteilt, um militärische Gewaltanwendung zu rechtfertigen, wann und wo immer dies nützlich erscheint. Sogar ein Atomkrieg wird nicht mehr ausgeschlossen. Mit so genannten "Mini-Nukes" werden nun auch Staaten bedroht, die selbst über keine Atomwaffen verfügen. Für all das gibt es in der globalisierten Welt, die sich

auf die Errungenschaften der Zivilisation beruft, keinerlei Rechtfertigung - weder politisch noch moralisch.

Krieg ist kein Mittel gegen den Terrorismus. Krieg selbst ist Terror, weil er die Bevölkerung trifft und die zivile Infrastruktur zerstört. Die Folgen für die Entwicklung der Menschheit auf unserem Planeten sind unabsehbar. Ganze Weltregionen - zuallererst der Nahe Osten - sind von einem Flächenbrand bedroht. Schon durch die Ankündigung weiterer Militäraktionen werden Bemühungen um zivile Konfliktlösungen erschwert oder unmöglich gemacht. Das Völkerrecht wird immer weiter ausgehöhlt.

## **Wir leisten Widerstand, damit**

- der sog. "Krieg gegen den Terrorismus" umgehend beendet, keinesfalls ausgeweitet wird,

- sich die Bundeswehr nicht weiter an dem Krieg der USA beteiligt,

- die Bundeswehrsoldaten aus den Kriegsaufmarschgebieten abgezogen werden.

Statt "uneingeschränkter Solidarität" mit der US-Kriegspolitik muss die Bundesregierung zur Deeskalation beitragen. Politische Probleme können nur politisch gelöst werden.

Wir wollen Frieden - einen gerechten Frieden, der den Menschen in aller Welt gleiche Rechte und Chancen garantiert. Dafür engagieren wir uns.

**... wir wollen überhaupt keinen Krieg**

---

# **Sven Giegold von Attac im Buntten Haus**

## **Konkrete Vorschläge gegen Kapitalflucht und Devisenspekulation**

Gut 30 Besucher fanden Mitte März den Weg ins Bunte Haus, um sich den Vortrag von Sven Giegold von Attac-Deutschland anzuhören. Unter dem Motto "Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich!" stellte der Wirtschaftswissenschaftler, der als Mitglied des deutschen Koordinierungskreises einer der bekanntesten Attac-Vertreter ist, die politischen Vorschläge der Globalisierungskritiker vor. Giegold systematisierte in seinem Vortrag mit vielen Folien den Globalisierungsprozess und analysierte die Wirkungen für Umwelt, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Globalisierung habe nicht Wohlstand für alle gebracht, sondern im Gegenteil die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord und Süd. Als Motor dieser Entwicklung machte Giegold die internationalen Finanzmärkte aus. Banker und Finanzmanager setzten täglich Milliardenbeträge auf den Finanzmärkten um und nahmen so über ihre Anlageentscheidungen immer mehr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung. Attac nun trete ein für eine demokratische Kontrolle und Regulierung der Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen. Die Wirtschaft müsse den Menschen dienen und nicht umgekehrt. "Attac" sei die französische Abkürzung für "Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen". Und hierin bestehe nach wie vor eine konkrete Forderung von Attac: Auf jede transnationale Devisenverschiebung soll eine kleine Steuer erhoben werden, um diese Währungsverschiebungen, die zur Instabilisierung vieler nationaler Wirtschaften geführt hätten, unattraktiver zu machen.

Der Verdener Wirtschaftswissenschaftler belegte anhand zahlreicher Daten die gewachsene Macht multinationaler Konzerne, die mit der Drohung auf einen anderen "Standort" oder in eines der Steuerparadiese auszuweichen, die Politik demokratisch gewählter Regierungen und Parlamente ihren Bedingungen unterwerfen können. Und damit war Giegold, der an der Bremer Universität gerade seine Doktorarbeit über die Regulierung von Steueroasen schreibt, bei seinem Lieblingsthema. In Steueroasen wie die Virgin Islands würden jährlich immense Summen am Fiskus vorbei transferiert. Heute gebe es über den Globus verteilt 60 Steueroasen, in denen acht Billionen Dollar angelegt seien. Diese Kapitalflucht diene dann wieder als Argument, um auch bei uns Steuern auf Kapitaleinkünfte und -vermögen zu senken. Auf der andren Seite fehle dieses Geld, um Armut und Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen und ausreichend in Bildung, Gesundheit und andere soziale Aufgaben zu investieren. Deshalb fordere Attac vor allem eine neue, global ausgerichtete Steuerpolitik, die Kapitalflucht in so genannte Steueroasen verhindere.

Attac Deutschland sei Teil einer internationalen Bewegung. Ausgehend von Frankreich hätten sich inzwischen in 40 Ländern viele Menschen und Organisationen aus einem breiten gesellschaftlichen Spektrum zusammengeschlossen. Die deutsche Sektion von Attac bestehe aus über 5000 Einzelpersonen, aber auch Organisationen wie WEED, Pax Christi, der BUND und die größte deutsche Gewerkschaft ver.di sind Mitglieder des Netzwerks. Attac setze bei der Aufklärung und Information der Bevölkerung über weltwirtschaftliche Zusammenhänge an, arbeite an konkreten Kampagnen und beteilige sich am Protest bei internationalen Gipfeltreffen der Finanzwelt.

Wer sich für attac interessiert findet weitere Infoamtionen unter: [www.attac-netzwerk.de](http://www.attac-netzwerk.de) Blumer

# Gute Resonanz auf VVN-Ausstellung



Äußerst zufrieden konnten die Organisatoren Bilanz ziehen, nachdem die Ausstellung "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" im Bunten Haus an den leider nur acht Ausstellungstagen von etwa 250 meist jungen Menschen besucht worden ist. In vielen Gesprächen sei die Sorge um die Wirkung neofaschistischer Ideologien deutlich geworden. Aber die Besucherinnen und Besucher hätten auch Anregungen mit-

nehmen können, wie in ihrem Alltag mit fremdenfeindlichen oder antisemitischen Äußerungen umzugehen sei.

Eröffnet worden war die Ausstellung mit drei kurzen Beiträgen von Seiten des Bunten Hauses, des Projekts "Rock gegen Rechts!?! " und der Celler VVN-BdA. In der Eröffnungsansprache betonte eine Vertreterin des Bunten Hauses, dass die Neonazis in den am Ausstellungsprojekt beteiligten Zentren entschiedene Gegnerinnen hätten, denn: "Die Arbeit und der Alltag in diesen Zentren ist in der Gesamtheit ihrer emanzipativen und geschichtsbewussten Orientierung das genaue Gegenteil der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Ziele der deutschen Neonazi-Szene." Sie wies weiter darauf hin, dass die lokale Öffentlichkeit das Agieren der Neonazis zu lange als Ausdruck eines Konflikts nur zwischen Linken und Rechtsextremisten gedeutet und mit dieser Sicht in erheblichem Maß zu einer Verharmlosung und Verdrängung des Problems beigetragen habe. Der Kampf gegen den Einfluss neofaschistischer Ideologie und die von ihr hervorgebrachte Gewalt müsse auch vor Ort, in den Städten und Gemeinden geführt werden. Mit dieser Ausstellung und den Begleitveranstaltungen würden die beteiligten Zentren ihren Beitrag zu der notwendigen Aufklärung und Diskussion leisten.

Mit Dirk Wittenberg erläuterte der Projektleiter vom hannoverschen UJZ Kornstraße die Hintergründe für die Zusammenarbeit der soziokulturellen (Jugend-)Zentren aus Celle, Hannover, Langenhagen und Wunstorf. Alle Zentren seien in den letzten Jahren mehr oder weniger zum Ziel neofaschistischer Angriffe geworden, und alle hätten sich in den letzten Jahren an antifaschistischen Aktivitäten beteiligt. "Wir gehen davon aus, dass nicht zuletzt die Selbstorganisation kritischer Jugendlicher, die Ausstrahlungskraft selbstorganisierter Zentren, eine wichtige Rolle in der Frage spielt, ob es mehr und mehr 'chic' wird, rechts zu sein - oder eben nicht." Die Ausstellung, die nach ihrem Auftakt in Celle in der "Wohnwelt" in Wunstorf, im "Café Monopol" in Langenhagen und in dem "UJZ Kornstraße" in Hannover gezeigt werde, sei ein erstes gemeinsames Projekt.

Für die "VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" bedankte sich Hannelore Klement bei allen Beteiligten und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Ausstellung mit ihren eindrucksvollen Bildern und Darstellungen einen Beitrag zur Aufklärung über Neofaschismus und rechte Gewalt leiste. Zur Eröffnung der Ausstellung waren u.a. auch die Celler Sozialdezernentin Maier-Knapp-Herbst und Mitglieder des Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus gekommen.

Sehr gut besucht war die Veranstaltung "Die extreme Rechte in der BRD - ein Überblick". Uli Jentsch vom Berliner Antifaschistischen Presse- und Bildungszentrum (apabiz) arbeitete in seinem Referat die strukturellen Veränderungen heraus, die der neofaschistischen Szene seit etwa Mitte der 1990er Jahre eine neue Dynamik geben. Ausführlich ging er auf die sich ergänzende Struktur von sogenannten "Freien Kameradschaften" und NPD ein. Die Entstehung der Kameradschaften wie auch die gravierende Veränderung der NPD wären eine Reaktion auf die Organisationsverbote (FAP, WJ, u.a.) der frühen 1990er Jahre gewesen. Die Arbeitsweise der Kameradschaften als mehr oder weniger lose Zusammenschlüsse von "nationalen Kämpfern" mache staatliche Verbote praktisch unmöglich. Auf der anderen Seite seien viele der Funktionäre der verbotenen Neonazi-Organisationen in die NPD gegangen, um aus dem Wahlverein eine aktivistische Organisation zu machen, die - laut eigener Programmatik - nicht mehr nur den Kampf um die Parlamente, sondern auch um "die Köpfe" und "die Straße" führe. Während Jentsch DVU und Republikaner als stagnierende Wahlparteien charakterisierte, sah er in der von Kameradschaften und NPD angefeuerten Neonazi-Szene ein bedrohliches Potenzial. Im Osten der Bundesrepublik sei über das Konzept der "national befreiten Zonen" eine enorme Dynamik entfacht, erstmals bemühten sich bundesdeutsche Neonazis um die Herstellung einer Art sozialer Bewegung. Anhand vieler Beispiele erläuterte der Referent wie neofaschistische Musik, Klamotten, Accessoires und Codierungen der Szene eine auch subkulturelle Identität verschaffe, die sie auch für "unpolitische" Jugendliche attraktiv mache. Dass die Neonazis mit ihren Strategien zum Teil Erfolg hätten, sei begründet in gesellschaftlich weit verbreiteten rassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Ressentiments, die den geeigneten Resonanzboden für neofaschistische Ideologie bildeten. Vor diesem Hintergrund sei die Dynamik in der extremen Rechten mit Verboten wahrscheinlich kaum zu bremsen. Man müsse sich darauf einrichten, dass die Arbeit gegen Attraktivität neofaschistischer Ideologie einen langen Atem erfordere.

Wer die Ausstellung im Bunten Haus nicht hat besuchen können, kann im Internet unter [www.vvn-bda.de/ausstellung](http://www.vvn-bda.de/ausstellung) ersatzweise einen virtuellen Gang durch die Ausstellung unternehmen.

# Veranstaltungen in Celle

## 30 Jahre Politplakate: "vorwärts bis zum nieder mit"

Plakate sind die zumeist flüchtigen Begleiter der vielfältigen Aktivitäten der sozialen Bewegungen. Sie werden heute an die Wände geklebt und sind morgen schon wieder abgerissen. Damit diese dennoch wichtigen Zeitdokumente, die teilweise auch Kunstwerke sind, nicht in Vergessenheit geraten, hat die Gruppe HKS13 (genannt nach einer Druckfarbe) Plakate gesammelt und veröffentlicht sie in jetzt zwei Büchern. Nach dem inzwischen vergriffenen ersten Band "hoch die kampf dem" (besprochen in revista Nr. 5) erschien im Dezember 2001 das neue Plakatbuch "vorwärts bis zum nieder mit". In dem durchgängig vierfarbigen Buch finden sich über 800 Plakate "unkontrollierter" Bewegungen aus den letzten 30 Jahren: Von APO bis "Anti-Globalisierung", von "Rock gegen Rechts" bis Lesbenbewegung, von Hannover bis Nürnberg, von "Stammheim" bis Chile, von Anti-Apartheid-Bewegung bis Schwulenbewegung, von Sport bis zu ML-Gruppen und vieles andere mehr.

Mit Markus Mohr (Berlin) kommt einer der Herausgeber am 25. April 2002 um 19 Uhr ins Bunte Haus nach Celle, um das Buch vorzustellen, Dias zu zeigen und einen Überblick über die Geschichte politischer Plakate in den letzten dreißig Jahren zu geben.

HKS 13 (Hg.): "vorwärts bis zum nieder mit". 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegungen. 288 durchgängig vierfarbige Seiten, mit beiliegender CD-Rom, 25,50 Euro. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2001.

## Globalisierung von unten - Eine andere Welt ist möglich



Mit einem Vortrag von Maria Mies setzt das Bunte Haus am Dienstag, den 7. Mai 2002, 19.30 Uhr, seine Veranstaltungsreihe zur Globalisierungskritik fort. Die ehemalige Kölner Soziologie-Professorin will in ihrem Vortrag einen Weg durch die Verflechtungen der weltweiten Konzerne weisen und die "global players" als

Verursacher von Massenarbeitslosigkeit und enormen sozialen Elend in vielen Ländern der Welt entlarven. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wird seit Jahren das konzerngesteuerte neoliberale Wirtschaftsmodell durch Institutionen wie Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation (WTO) weltweit durchgesetzt. Freihandelsabkommen wie MAI, NAFTA und die EU-Verträge gefährden dabei Demokratie, Umwelt, Sozialstandards, Arbeitsplätze und Menschenrechte. Dass sich dagegen eine vielfältige, ebenso globale Widerstandsbewegung gebildet hat, wird langsam auch in Deutschland bemerkt. Diese "Globalisierung von unten" war besonders erfolgreich bei der WTO-Konferenz in Seattle.

Seither ist diese Bewegung an Zahl, Stärke und Entschlossenheit gewachsen. Doch vor allem geht es Maria Mies um die Suche nach einer anderen Wirtschaft und Gesellschaft als der, die den Profit über die Menschen und die Natur stellt und die "Welt zur Ware" macht.

Eine Veranstaltung wird gemeinsam vom Bunten Haus Celle, dem Eine Welt Laden Celle und der HVHS Hustedt organisiert.

Mies, Maria, Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Konzernherrschaft. Rotbuch/EVA, Hamburg 2001.

## Flüchtlingen in Celle - Arbeit \* Soziales \* Recht

Das "Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus" plant für den 17. Juni 2002 eine Veranstaltung zum Thema "Flüchtlinge in Celle. Recht - Soziales - Arbeit". In drei Blöcken soll dabei über die Situation von Flüchtlingen in Stadt und Landkreis Celle informiert und Möglichkeiten zur Verbesserung diskutiert werden. Die drei Themenblöcke "Recht - Soziales - Arbeit" sollen dabei den Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung aus den unterschiedlichen Perspektiven von (Betroffenen)-Vertretern einerseits und Behörden andererseits vorgestellt und anschließend von den Podiumsteilnehmern diskutiert werden. Der erste Veranstaltungsteil von 19.00 bis 21.00 Uhr soll aus einer moderierten Podiumsdiskussion bestehen, ab 21 Uhr sollen die Besucherinnen und Besucher in drei sich anschließenden Diskussionsforen die Gelegenheit erhalten, mit den Referenten des jeweiligen Themenblocks ins Gespräch zu kommen. Stattfinden soll die Veranstaltung im Urbanus Rhegius Haus in der Fritzenwiese.

## Termine in der Vokü:

Jeden Sonntag um 18.00 Uhr im  
Bunten Haus, Hannoversche Str.

|        |                  |
|--------|------------------|
| 14.04. | Fairbrutzelt     |
| 21.04. | Flitze Feuerzahn |
| 28.04. | Cocina Fina      |
| 05.05. | Pasta Ya         |
| 12.05. | Spicegirls       |
| 19.05. | Fairbrutzelt     |
| 26.05. | Flitze Feuerzahn |
| 02.06. | Cocina Fina      |
| 09.06. | Pasta Ya         |
| 16.06. | Spicegirls       |
| 23.06. | Fairbrutzelt     |
| 30.06. | Flitze Feuerzahn |

# Termine im Kino achteinhalb:



**Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle Immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr**

## 19.04.: "Wir Wunderkinder"

BRD 1958; Golden Globe Award 1960. Hans Böckel und Bruno Teches erleben gemeinsam das Ende des Kaiserreichs, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus und das erste Nachkriegsjahrzehnt in einer deutschen Kleinstadt.

## 26.04.: "Die Reise nach Kandahar"

Iran 2001. Die Geschichte einer ausgewanderten Journalistin, die sich zurück nach Kandahar aufmacht, um den angekündigten Selbstmord ihrer Schwester zu verhindern.

## 03.05.: "Bread and Roses"

GB/SP/D 2000. Anhand des Lebens zweier Schwestern erzählt der Film vom Kampf lateinamerikanischer Einwanderer in die USA für Lohn und Sozialversicherung. Gedreht vom britischen Regisseur und bekennenden Trotzkiten Ken Loach.

## 10.05.: "Die Legende von Paul und Paula"

DDR 1973. Der DDR-Kultfilm schlechthin, angeblich: es geht um Liebe, Prenzlauer Berg, Plattenbauten, Selbständigkeit und Parteikarriere.

## 17.05.: "Die Farbe der Lüge"

F 1999. Claude Chabrol blickt mit dieser gut besetzten psychologischen Kriminalgeschichte einmal mehr hinter die Fassaden gepflegter Bürgerlichkeit.

## 24.05.: "Sie liebt ihn, sie liebt ihn nicht"

GB 1998. Helen hat die U-Bahn verpasst und landet im Krankenhaus. Was wäre, wenn sie die U-Bahn nicht verpasst hätte? Zwei Versionen des Prinzip Zufall mit einer Fülle komischer und grotesker Details.

## 31.05.: "Shall we dance"

Japan 1997. Eine charmante japanische Komödie über eine Tanzschule, in der sich wundervoll komische Charaktere treffen.

## 07.06.: "Die Frau auf der Brücke"

F 1999. Paris bei Nacht. Adele steht auf einer Brücke und ist im Begriff zu springen. Eine Stimme wie aus dem Nichts: "Du siehst aus wie ein Mädchen, das gerade einen Fehler machen will" - der Messerwerfer Gabor.

## 14.06.: "Große Liebe, kleine Liebe"

Venezuela 1998. Mit viel Witz und Charme erzählt der Film vom Bankeinbruch mit leerem Tresor, vom Aufstand der kleinen Leute. (Original mit Untertiteln)

## 21.06.: "Brassed off"

GB 1996. Ein Blasorchester, eine Zechenschließung und das Schicksal eines Dorfes im englischen Yorkshire. Eine realistische Tragikomödie mitten ins Herz.



**Sommerpause bis zum 23. August 2002**

Anzeige:



Massivholzmöbel  
Regalsysteme  
Orthop. Matratzen  
Handgewebte Stoffe  
Naturfarben



**Massivholz-Bett Nr. 842**  
in allen Größen  
- geölt u. gewachst  
- farbig lasiert  
- lackiert

Reichhaltiges Zubehör, viele Varianten möglich,  
Prospekt anfordern!

Celle - Tel. 05141 / 31247 - Fax 33769  
Mo.-Fr. 10.00-13.00 + 15.00-18.00 - Sa. 10.00-12.30  
Mi. nachmittags geschlossen

**Am Wasserturm 35h  
29223 Celle**

# TERMINE

**Fr. 19.04.2002, 12.00 Uhr bis**

**So. 21.04.2002**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

3 Tage nonstop-Lan-Party "NO Of X  
Part III"

**So. 21.04.2002, 11.30 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Kranzniederlegung am Obelisk und  
am Jüdischen Mahnmal aus Anlass des  
Jahrestages der Befreiung des  
Konzentrationslagers Bergen-Belsen  
Veranst.: Landesverband der Jüdischen  
Gemeinden von Niedersachsen

**So. 21.04.2002, 13.00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Gedenkveranstaltung zur Erinnerung  
an die Befreiung des  
Konzentrationslagers Bergen-Belsen  
Veranst.: Arbeitsgemeinschaft Bergen-  
Belsen

**Di. 23.04.2002, 19.30 Uhr**

Urbanus Rhegius Haus, Fritzenwiese,  
Celle

Veranstaltung anlässlich des 16.  
Jahrestages der Tschernobyl-  
Katastrophe vom Celler Forum gegen  
Atomenergie (sh. Seite 12!)

**Do. 25.04.2002, 19.00 Uhr**

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f,  
Celle  
Buchvorstellung, Dias, Überblick zu  
"30 Jahre Politplakate" mit Markus  
Mohr (sh. Seite 22!)

**Fr. 03.05.2002, 20.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

"Open Stage"

Artisten aller Genres - Akrobaten,  
Bands, Kabarettisten - haben die  
Chance, sich zu präsentieren.  
Anmelden unter 05141/9772901

**Sa. 04.05.2002, 11.00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Steinerne Zeugen der Geschichte des  
Kriegsgefangenen- und  
Konzentrationslagers Bergen-Belsen  
Führung mit Sabine Bergmann über  
das Gelände des ehem. Lagers

**Di 07.05.2002, 19.30 Uhr**

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30f,  
Celle

Veranst: Buntes Haus, Eine-Welt-  
Laden, HVHS Hustedt  
Vortrag vom Maria Mies zu  
"Globalisierung von unten" (sh. Seite  
22!)

**Fr. 17.05.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

New Talents - Winner on Stage  
"Lemon Jam" und "Flymoe"

**Sa. 18.05.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

HipHop-Party "Celle Zoo VI"

**Sa. 18.05.2002, 14.00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Geschichte und Gegenwart:  
Möglichkeiten historischen Lernens in  
der Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Rundgang und Gespräch mit Julius H.  
Krizsan

**Fr. 24.05.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

"Huschke - Der Cello-Rebell"

**Sa. 25.05.2002, 08.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

Flohmarkt auf dem Aussengelände

**Sa. 01.06.2002, 20.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

Die Keltics in Concert

**Sa. 08.06.2002**

CD-Kaserne, Hannoversche Str. 30,  
Celle

Rock Festival

**So. 09.06.2002, 11.00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Anne Frank im Konzentrationslagers  
Bergen-Belsen  
Führung mit Elke von Meding durch  
das Dokumentationszentrum und über  
das Gelände des ehem. Lagers

## Ständige Termine:

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
jeden Mi. 20 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse)

**Weltladen Öffnungszeiten:**

Di + Mi: 10-17 Uhr

Do: 15-17 Uhr

Fr: 9.30-12.30 Uhr + 15-17 Uhr

**Forum gegen**

**Rechtsextremismus und Gewalt:**

jeden 1. Mittwoch im Monat 19 Uhr  
c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221  
Celle

## Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne hinten links Halle 12)  
Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

**Fahrradwerkstatt:**

jeden Montag 18 Uhr

**Archiv**

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**KDV-Beratung**

jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**Plenum**

jeden Donnerstag 19 Uhr

**Volxküche**

jeden Sonntag 18 Uhr

**Deutschkurs für MigrantInnen**

jeden Dienstag und Donnerstag  
17.30-18.30 Uhr

**Internationalismus-Café**

jeden Mittwoch 17-19 Uhr

Forum gegen Atomindustrie

Mittwoch 08.05 + 05.06. 19.30 Uhr

**Sa. 15.06.2002, 14.00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Sowjetische Kriegsgefangene in  
Bergen-Belsen

Führung durch das

Dokumentationszentrum und über das  
Gelände des ehem. Lagers

**Mo. 17.06.2002, 19.00 Uhr**

Urbanus Rhegius Haus, Fritzenwiese,  
Celle

Veranst.: Forum gegen

Rechtsextremismus

"Flüchtlinge in Celle. Recht - Soziales  
- Arbeit" (sh. Seite 22!)